

Schweizerische Volkspartei (SVP)



Jahresbericht

2021

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis	2
Vorwort.....	3
1. Das Jahr 2021 im Rückblick.....	5
2. Vorstösse aus der SVP-Fraktion.....	40
2.1 Positionspapiere der SVP	40
2.2 Vernehmlassungsantworten der SVP.....	40
2.3 Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen, Extrablätter	44
2.4 Internet.....	45
3. PARTEIORGANE	46
3.1 Delegiertenversammlung	46
3.2 Parteileitungsausschuss	47
3.3 Parteileitung.....	47
3.4 Parteivorstand	48
3.5 Generalsekretariat.....	51
3.6 Fraktion der Bundesversammlung.....	51
4. Eidgenössische Volksabstimmungen 2021	54
5. Die SVP in den Kantonsparlamenten	56
6. Die SVP-Kantonalsektionen online	57

VORWORT

Fast zwei Jahre lang hat uns das Corona-Virus in Atem gehalten und die Schweizer Politik bestimmt. Das Jahr 2021 begann daher auch für die SVP Schweiz ungewohnt, da sie aufgrund der in weiten Teilen willkürlichen, diskriminierenden und nutzlosen Massnahmen von Gesundheitsminister Alain Berset auf ihre traditionelle Bad-Horn-Tagung Anfang Januar verzichten musste. Berset packte die Massnahmen-Keule aus, um damit von der eigenen Inkompetenz abzulenken. Statt wirksam die Schwächsten und die Risikogruppen zu schützen, drangsalierte er lieber ganze Branchen und gefährdete Zehntausende Arbeitsplätze.

Die SVP gab als einzige politische Partei Gegensteuer und zeigte von Beginn weg eine klare Strategie zur Bekämpfung der Pandemie auf. Sie lancierte die Petitionen «Beizen für Büezer» und «Stopp Lockdown», die beide grossen Zuspruch in der Bevölkerung erzielten.

Das Krisenmanagement von Alain Berset und der Mitte-Links-Mehrheit im Bundesrat war von Pleiten, Chaos und falschen Versprechungen wie der Einläutung der Normalisierungsphase im Sommer 2021 geprägt. Stattdessen folgte eine Verschärfung der anderen. Entgegen den ursprünglichen Aussagen wurde eine Zertifikatspflicht im Inland und damit eine Zwei-Klassen-Gesellschaft geschaffen. Mit den Massnahmen vom 17. Dezember vermieste uns die im Panikmodus operierende Mitte-Links-Mehrheit des Bundesrates auch noch das Weihnachtsfest.

Ja zum Verhüllungsverbot

Trotzdem gab es 2021 grosse Erfolge für die SVP zu feiern. Im März sagte das Stimmvolk Ja zum Verhüllungsverbot, bei dem die SVP allein gegen alle anderen Parteien kämpfte und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger überzeugen konnte.

Erfolgreiche Kampagne gegen das CO2-Gesetz

Weitere Siege an der Urne folgten. Dank der SVP konnten am 13. Juni die beiden extremen linken Agrarinitiativen gebodigt werden. Dadurch konnte die Versorgung der Bevölkerung mit einheimischen und regionalen Produkten auf höchstem Qualitätsniveau sichergestellt werden. Vor allem aber gelang es unserer Partei, das teure, nutzlose und ungerechte CO2-Gesetz zu verhindern. Das Gesetz hätte zu einer massiven finanziellen Mehrbelastung der Bevölkerung geführt, ohne dem Klima zu nützen.

Das Ergebnis zeigt: Die Schweizerinnen und Schweizer wollen eine effiziente und wirtschaftliche Energiepolitik – und keine links-grünen Utopien. Die SVP setzt das Engagement für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung fort. Wir fordern die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga auf, das Scheitern der Energiestrategie einzugestehen und eine kostengünstige und vom Ausland unabhängige Energieversorgung sicherzustellen.

Beerdigung des Institutionellen Abkommens

Der jahrzehntelange Kampf der SVP für eine freie und unabhängige Schweiz hat sich gelohnt! Am 26. Mai entschied der Bundesrat auf Druck der SVP, das Institutionelle Abkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen. Damit behält die Schweiz ihre Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Doch wir müssen wachsam bleiben: Die Euro-Turbos aller Lager schlafen nicht, sie wollen unser Land weiterhin an Brüssel andocken. Das müssen wir mit allen Mitteln verhindern.

Kampfansage an Luxus-Linke und Bevormunder-Grüne

Mit seiner 1.-August-Ansprache zum Stadt-Land-Graben setzte Parteipräsident Marco Chiesa ein wichtiges Thema auf die politische Agenda. Wir müssen verhindern, dass die verwöhnten links-grünen Städter weiter auf Kosten der Land- und Agglobevölkerung leben und sie mit ihrem weltfernen Öko-Wahnsinn bevormunden.

Ausblick

Die SVP bleibt programmatisch auf Kurs: Wir stehen ein für die Freiheit und Sicherheit der Schweiz, bekämpfen den Missbrauch im Asyl- und Sozialwesen und die masslose Zuwanderung. Als einzige Partei setzen wir uns konsequent für das Gewerbe, die KMU und für die hart arbeitenden Menschen in der Schweiz ein. Die Abgabenlast für Unternehmen und Private muss sinken, der immer weiter auswuchernde Staat muss zurückgedrängt werden.

Im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen 2023 werden wir einen engagierten und angriffigen Wahlkampf führen. Dazu zählen auch das enorm wichtige Thema der Stromversorgung und der Kampf gegen die Auswüchse der Gender-Ideologie, die nur von den wahren Sorgen und Nöten der Menschen ablenkt. Gemeinsam und mit harter, geradliniger Arbeit werden wir auch bei den nächsten Wahlen Erfolg haben – zum Wohl unseres Landes und seiner Bevölkerung.



A handwritten signature in black ink that reads "Peter Keller". The signature is written in a cursive, flowing style.

Peter Keller
Generalsekretär

1. DAS JAHR 2021 IM RÜCKBLICK

JANUAR



Volk entscheidet über verfehltes CO2-Gesetz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 12. Januar 2021

Das von der SVP tatkräftig unterstützte Referendum gegen das CO2-Gesetz ist mit dem überwältigenden Ergebnis von über 111'000 Unterschriften zustande gekommen. Es ist ein deutliches politisches Signal, dass die Schweizer Bevölkerung das teure und wirkungslose Bürokratiemonster ablehnt. Besonders betroffen von der verfehlten Gesetzesrevision sind Gewerbe, KMU, Mieterinnen und Mieter, Wohneigentumsbesitzer, Pendlerinnen und Pendler sowie generell die ländliche und weniger wohlhabende Bevölkerung. Die SVP wird sich im Abstimmungskampf vehement für die Interessen der Betroffenen und des Mittelstands einsetzen.

Bundesrat verliert Bezug zur Realität und den Rückhalt im Volk

Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. Januar 2021

Der Bundesrat – allen voran Gesundheitsvorsteher Alain Berset – scheint den Bezug zur Wirklichkeit komplett zu verlieren. Statt die Risikogruppen (rund 6 Prozent der Bevölkerung) zu schützen, für die das Corona-Virus eine lebensbedrohliche Gefahr darstellt, drangsaliert er die Mehrheit der Bevölkerung, die mit Schutzkonzepten arbeiten und leben könnte. Die sozialen und wirtschaftlichen Schäden sind immens und nicht mehr zu rechtfertigen. Bundesrat Berset lenkt mit diesen drastischen Massnahmen von seinem eigenen Versagen ab. Damit verliert der Bundesrat auch den Rückhalt in der Bevölkerung.

Fraktionserklärung zum Institutionellen Abkommen (InstA) zwischen der Schweiz und der Europäischen Union

Auszug aus der Medienmitteilung vom 23. Januar 2021

Der Brexit-Erfolg verdeutlicht in aller Klarheit, wie schlecht der Bundesrat zum Nachteil der Schweiz verhandelt. Die Einigung, die Grossbritannien mit der EU erzielt hat, bietet gegenüber dem InstA entscheidende Vorteile. Die SVP-Fraktion fordert den Bundesrat deshalb auf, den Vertragsentwurf zurückzuweisen und die Übung «Rahmenabkommen» abzubrechen. Die SVP-Fraktion stellt entschiedene Forderungen an den Bundesrat:

- Die Schweiz muss dem Vorbild Grossbritanniens folgen und selbstbewusst Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Partnern führen
- Der vorliegende Entwurf des Institutionellen Abkommens ist zurückzuweisen
- Die Übung «Rahmenvertrag» ist sofort abzubrechen
- Der Bundesrat muss die Bundesverfassung achten und die Unabhängigkeit der Schweiz und die Rechte des Volkes wahren

Endlich – der Bundesrat schwenkt auf die Corona-Strategie der SVP ein

Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. Januar 2021

Die SVP hat als einzige Partei bereits Ende März 2020 eine klare Virusbekämpfungsstrategie vorgelegt. Zentral dabei ist der Schutz der Gesundheit der Menschen, insbesondere der Risikogruppen, und gleichzeitig die volkswirtschaftlichen und sozialen Schäden möglichst gering zu halten. So sehr es zu begrüssen ist, dass Gesundheitsvorsteher Alain Berset endlich die Grenzkontrollen verstärken und die Menschen in den Alters- und Pflegeheimen schützen will, so fatal ist sein Festhalten am Lockdown. Denn dessen Folgen sind für unser Land verheerend. Diese verfehlte Corona-Politik lässt den Schuldenberg weiter anwachsen. Gemäss Schätzungen von Experten steigt die Bruttoverschuldung der Schweiz von 93.7 Milliarden Franken (Ende 2019) auf bis zu 130 Milliarden Franken und wird sich somit dem Höchststand der Schweizer Staatsverschuldung aus dem Jahr 2005 annähern. Damit wäre der Abbau der Staatsverschuldung der letzten 15 Jahre in weniger als zwei Jahren komplett zunichte gemacht worden. Es ist absehbar, dass die arbeitende Bevölkerung, der Mittelstand, mit Steuererhöhungen für diese verfehlte Corona-Politik wird büssen müssen.

Abstimmung vom 7. März: Delegierte der SVP Schweiz sagen drei Mal JA

Auszug aus der Medienmitteilung vom 30. Januar 2021

An der online Delegiertenversammlung der SVP Schweiz fassten die Delegierten die Parolen für die Abstimmung vom 7. März. Sie sagen klar JA zu allen drei Vorlagen:

- **Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»:** Die vom Egerkinger-Komitee lancierte Volksinitiative will im öffentlichen Raum verbieten, das Gesicht zu verhüllen. Die Initiative richtet sich zum einen gegen die Verhüllung zwecks Unterdrückung der Frau sowie gegen den politischen Islam und zum andern gegen Chaoten, die an Demonstrationen und Sportanlässen ihre

Gesichter verhüllen, um unerkant andere zu attackieren und Vandalenakte zu begehen.

- **Bundesbeschluss über die Genehmigung des Umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien:** Dieses Abkommen ist gut und ausgewogen. Es verschafft unseren kleinen und grossen Exportfirmen einen zentralen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Konkurrenz aus der EU, die bis anhin noch nicht über ein solches Freihandelsabkommen mit Indonesien verfügt. Zudem ist es in der aktuell wirtschaftlich schwierigen Zeit von grosser Bedeutung für unsere Unternehmen und Arbeitsplätze.
- **Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID):** Die sogenannte E-ID soll zu mehr Einfachheit und Sicherheit im Netz führen. Dies mit einer unabhängigen Schweizer Lösung mit klaren Regeln, mit mehr Datenschutz und Kontrolle über die eigenen Daten.

FEBRUAR

Der Migrations-Mogelpakt schadet der Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. Februar 2021

Dank der SVP kann die Mitte-Links-Mehrheit im Bundesrat nicht allein über den UNO-Migrationspakt entscheiden. Nun darf das Parlament ein bisschen mitreden, aber der Bundesrat verhindert aktiv die Mitsprache der Schweizer Stimmbevölkerung. Das wäre jedoch dringend nötig, denn das vorliegende Abkommen ist ein Migrations-Mogelpakt. Beim UNO-Migrationspakt handelt es sich um eine ideologisch verklärte, realitätsfremde internationale Vereinbarung, die weitreichende Konsequenzen für unser Land hätte. Dies weil der Migrationspakt Wirtschaftsmigranten aus aller Welt, ungeachtet ihrer Qualifikationen, den Zugang zum Wunschland deutlich erleichtert. Dies ist nicht vereinbar mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung und damit der Selbstbestimmung der Schweiz.



Es reicht, Herr Bundesrat Berset!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. Februar 2021

Die Corona-Politik unter der Federführung von Gesundheitsvorsteher Alain Berset schadet unserem Land. Immer mehr Menschen lehnen sich gegen die harten Massnahmen auf und fordern ihre Freiheit zurück. Ein starkes Zeichen dafür sind die beiden Petitionen «Lockdown stop» und «Beizen für Buezer», die innerhalb kurzer Zeit insgesamt über 295'000 Personen unterzeichnet haben.

«Die ständige Verlängerung dieser schädlichen Corona-Politik muss jetzt aufhören», sagt SVP-Präsident Marco Chiesa bei der Übergabe der Unterschriften an die Staatskanzlei. Ab 1. März müsse die Bevölkerung mit den bereits erprobten und funktionierenden Schutzkonzepten wieder einigermaßen normal leben können. «Dass die Petitionen so grossen Zuspruch finden, ist ein starkes Zeichen dafür, dass wir nicht länger alles dem Virus unterordnen können. Wir haben ein Recht und eine Pflicht, wieder zu leben und zu arbeiten.»

SVP-Fraktion: Der Druck der SVP gegen das willkürliche Corona-Regime des Bundesrates wirkt!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. Februar 2021

Der Kampf der SVP für Lockerungen trägt Früchte: Die Gesundheitskommission des Nationalrates hat heute dem Antrag der SVP zugestimmt: Restaurants und Fitnesscentren sollen bereits am 22. März und damit schneller öffnen als von der Mitte-Links-Mehrheit im Bundesrat vorgeschlagen. Die Bundeshausfraktion der SVP nahm den Kommissionsentscheid in ihrer heutigen Sitzung erfreut zur Kenntnis.

Die SVP-Fraktion hat einstimmig entschieden, in der Frühlingssession folgende wichtige Vorstösse einzureichen:

- Motion «Stoppt den Lockdown: Covid-19-Beschlüsse sofort aufheben» wird im Stände- und im Nationalrat eingereicht. Die bundesrätlichen Corona-Massnahmen verstossen in Anbetracht der gravierenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft, gegen den Grundsatz der Verhältnismässigkeit.

- Die Parlamentarische Initiative «Epidemiengesetz (EpG): Mitsprache des Parlaments sichern» hat das Ziel, die parlamentarische Mitwirkung auch in der besonderen Lage zu wahren. Das Epidemiengesetz (EpG) ist dahingehend zu ergänzen, dass die Bundesversammlung Verordnungen und Allgemeinverfügungen des Bundesrates oder der Departemente beurteilen und allenfalls aufheben kann.

Die Alleinherrschaft des Bundesrates muss jetzt ein Ende haben!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 23. Februar 2021

Das aktuelle Covid-19-Gesetz räumt dem Bundesrat bei der Bekämpfung der Covid-19-Epidemie besondere rechtliche Befugnisse ein. So kann er selbstständig Massnahmen anordnen, wenn das Ziel im ordentlichen oder dringlichen Gesetzgebungsverfahren nicht rechtzeitig erreicht werden kann. Laut Gesetz hat er die Kantone und die Sozialpartner betreffend ihrer Zuständigkeiten „einzubeziehen“, das Parlament regelmässig zu „informieren“ und die Kommissionen zu „konsultieren“. Die Entscheidungskompetenz liegt aber allein beim Bundesrat. Um der Alleinherrschaft des Bundesrates Herr zu werden, reicht Martullo-Blocher in der Wirtschaftskommission einen Vorstoss mit folgendem Text ein: *„Vor dem Erlass von Massnahmen mit bedeutenden volkswirtschaftlichen Auswirkungen wie Berufsverbote oder Betriebsverbote hat er (der Bundesrat) die Zustimmung der zuständigen parlamentarischen Kommissionen einzuholen.“*

Der Bundesrat bleibt stur und missachtet die Kantone und parlamentarischen Kommissionen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 24. Februar 2021

Dass der Bundesrat nicht schneller öffnet, ist ein Affront. Die Bevölkerung und Betriebe werden weiter schikaniert. Bundesrat Berset hat sich mit seinen Anträgen vollständig durchgesetzt. Die beiden mutlosen FDP-Bundesräte lassen ihn offenbar weiter gewähren. Die Mehrheit der Kantone wollte ganz klar weitergehende und schnellere Öffnungen als der Bundesrat. Neben der Gesundheitskommission des Nationalrats hat auch die Wirtschaftskommission des Ständerats die sofortige Terrassen- und die Restaurantöffnung per 22. März beschlossen! Doch der Bundesrat setzt sich undemokratisch über die Kantone und die Kommissionen beider Räte hinweg. Genauso wenig interessiert sich der zuständige Gesundheitsminister Alain Berset für die beiden Petitionen «Stop Lockdown» und «Beizen auf Büezer» mit über 300'000 Unterschriften.



Ein starkes Zeichen gegen den radikalen Islam und für unsere Schweizer Unternehmen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 7. März 2021

Die SVP ist erfreut über das JA der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» sowie zum Freihandelsabkommen mit Indonesien. Beide Vorlagen sind wichtig für die Schweiz: Das Verhüllungsverbot ist ein starkes Zeichen im Kampf gegen den radikalen politischen Islam und das Freihandelsabkommen mit Indonesien stärkt den Werkplatz Schweiz, sichert Arbeitsplätze und macht unser Land unabhängiger von der EU. Die SVP bedauert hingegen, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die E-ID abgelehnt haben. Die staatlich anerkannte elektronische Identifikation mit dem Ziel, Identitätsbetrug und Datenmissbrauch zu vermeiden, hätte für Rechtssicherheit und Verbindlichkeit im digitalen Raum gesorgt.

Mitte-Links-Mehrheit gefährdet mit falscher Toleranz die Sicherheit der Menschen in der Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. März 2021

Spätestens nach den Attentaten von Morges und Lugano ist klar: Der islamistische Terror ist längst in der Schweiz angekommen. Die SVP forderte heute in einer dringlichen Debatte im Nationalrat endlich ein entschiedenes Vorgehen gegen den radikalen, politischen Islam. Die Mitte-Links-Mehrheit lehnte die Vorstösse der SVP-Fraktion ab. Derzeit geht die Zahl der Asylbewerber aufgrund der Corona-bedingten weltweiten Einreisebeschränkungen zurück. Mit dem Ende der Pandemie wird ihre Zahl jedoch sprunghaft zunehmen – laut Experten warten allein in Nordafrika aktuell Hunderttausende Wirtschaftsmigranten auf die Möglichkeit, nach Europa zu gelangen. Die SVP fordert den Bundesrat entschieden auf, jetzt vorzusorgen, um bei Bedarf an unseren Landesgrenzen schnell entsprechende Massnahmen ergreifen zu können.

Dieses Öffnungsschrittchen ist ein Schlag ins Gesicht von Bevölkerung und Betrieben

Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. März 2021

Der Mini-Öffnungsschritt, zu dem sich die mutlose Mitte-Links-Mehrheit des Bundesrates durchringen konnte, ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen und all jener Gewerbetreibenden, deren Existenz durch die Corona-Massnahmen zerstört wird. Der Bundesrat verschiebt weitere Öffnungen obwohl in unseren Nachbarländern offensichtlich ist, dass Schliessungen keine Lösung sind: Denn auch in den Ländern mit hartem Lockdown steigen die Infektionszahlen wieder an. Besonders angesichts der schleppend fortschreitenden Impfung müssen wir lernen, mit dem Virus zu leben. Doch statt Gastrobetriebe wie auch Betriebe in den Bereichen Kultur, Unterhaltung, Freizeit und Sport mit Schutzkonzepten zu öffnen, schikaniert die Mitte-Links-Mehrheit des Bundesrats lieber weiter die Betriebe und die Bevölkerung.



Die grüngestrichene Mitte-Links-Mehrheit treibt die Schweiz in den politischen und finanziellen Ruin

Auszug aus der Medienmitteilung vom 23. März 2021

An ihrer heutigen Pressekonferenz zieht die SVP eine kritische Bilanz nach der Klimawahl 2019. Das Staatsdefizit erreicht Rekordwerte. Gleichzeitig verschwendet das Parlament Milliarden für unsinnige und wirkungslose Klimaprojekte, presst die Bevölkerung mit immer neuen Steuern und Abgaben aus und schränkt die Freiheit des einzelnen sowie der Wirtschaft mit Verboten und Vorschriften massiv ein. Die SVP präsentiert deshalb einen 10-Punkte-Plan mit konkreten Forderungen und Vorstössen als Gegengift gegen die verheerende Politik der Mitte-Links-Mehrheit.

Fraktionspräsident Thomas Aeschi kritisiert die verantwortungslosen Lockdown-Massnahmen des Bundesrats: «Bundesrat Alain Berset macht Politik mit dem

Holzhammer. Die Schäden für Wirtschaft und Gesellschaft sind gigantisch und werden uns noch auf Jahre hinaus zu schaffen machen.»

In der Asylpolitik tickt die Zeitbombe unter dem grünen Zuckerguss weiter. «Mit dem Uno-Migrationspakt öffnen wir die Schleusen für die ganze Welt», warnt Nationalrat Andreas Glarner. Der SVP-Asylverantwortliche kündigt in diesem Zusammenhang einen parlamentarischen Vorstoss an, der den «hoffnungslos veralteten Flüchtlingsstatus» aus dem Zweiten Weltkrieg neu definieren und an die gewandelten Umstände und Bedürfnisse der Schweiz anpassen will.

Abstimmungen vom 13. Juni: Delegierte der SVP Schweiz beschliessen Stimmfreigabe zum Covid-19-Gesetz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. März 2021

Covid-19-Gesetz: Aus Sicht der SVP ist das Gesetz komplett verknorzt, weil es sachfremde Themen verknüpft. Es sind dies einerseits die wirtschaftlichen Hilfen an die vom bundesrätlichen Arbeitsverbot betroffenen Arbeitnehmenden und Betriebe und andererseits die Erteilung weitreichender Machtbefugnisse an den Bundesrat. Für ein Nein spricht, dass damit die Macht des Bundesrates zurückgebunden würde. Auch wäre es die berechtigte Quittung für die verfehlte, willkürliche und schädliche Lockdown-Politik. Für ein Ja spricht hingegen, dass das Gesetz die Grundlage bildet für die wirtschaftlichen Hilfe an die unter den Corona-Massnahmen leidenden Menschen und Betriebe. Deshalb haben sich die Delegierten der SVP Schweiz wie auch der Parteivorstand für eine Stimmfreigabe ausgesprochen.

CO2-Gesetz: Das linke Gesetz bringe dem Klima nichts, sondern führe lediglich zu noch mehr Umverteilung, sagte Nationalrat Christian Imark (SO) an der Delegiertenversammlung. Die Verteuerungen würden nicht nur die Gewerbler, sondern insbesondere auch Hauseigentümer, Mieter, Autofahrer und Flugreisende treffen. Die Delegierten folgten dieser Argumentation und fassten grossmehrheitlich die NEIN-Parole.

Trinkwasser- und Pestizid-Initiativen: Diese beiden extremen linken Initiativen würden unsere produzierende Landwirtschaft zerstören und damit unsere Selbstversorgung mit gesunden und regionalen Lebensmitteln massiv schwächen. Auch würde die Annahme der Initiativen Schweizer Lebensmittel wesentlich verteuern und zu noch mehr fragwürdigen Importen führen. Die Delegierten der SVP Schweiz lehnen die extremen Initiativen mit einer grossen Mehrheit klar ab.

Anti-Terror-Gesetz (PMT): Der islamistische Terrorismus macht auch vor der Schweiz nicht Halt, wie die, letztes Jahr in Morges und Lugano verübten Attentate zeigen. Im Kampf gegen den radikalen politischen Islam sind den Strafverfolgungsbehörden jedoch oft die Hände gebunden. Die Delegierten stimmen der Aussage von Nationalrat Mauro Tuena (ZH) zu, dass die Politik solche Anschläge verhindern müsse und fasst grossmehrheitlich die JA-Parole.

Franz Ruppen mit Glanz-Resultat gewählt

Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. März 2021

Die SVP Schweiz nimmt mit grosser Freude zur Kenntnis, dass die SVP mit der Wahl von Nationalrat Franz Ruppen wieder in der Walliser Kantonsregierung vertreten ist. «Wir gratulieren Franz Ruppen zu diesem hervorragenden Resultat und danken ihm für seinen unermüdlichen Einsatz im Wahlkampf», sagt Marco Chiesa, Präsident der SVP Schweiz. Die Niederlage der CVP dürfte die Quittung für die Abkehr der Partei von den christlichen Grundwerten hin zur orientierungslosen Mitte sein.

Das Versagen in der Pandemie hat einen Namen: Alain Berset und sein BAG

Auszug aus der Medienmitteilung vom 31. März 2021

Das aktuelle Corona-Regime der Mitte-Links-Mehrheit des Bundesrates kostet 750 Millionen Steuerfranken – pro Woche. Doch obwohl seit Pandemiebeginn klar ist, dass Testen und Impfen den Menschen wieder ein freies Leben und Arbeiten ermöglichen würden, versagt das Departement von Gesundheitsvorsteher Alain Berset auf der ganzen Linie.

Krisenmanagement verschlafen:

Gemäss Medienberichten warnten Bevölkerungsschutz und ABC-Abwehr bereits Ende 2019 vor der Pandemie. Dies zeigen Interviews mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Am 30. Januar 2020 hielt die WHO auch die Schweiz an, das Krisenmanagement zu aktivieren. Der Corona-Krisenstab des Bundesrates wurde erst am 20. März 2020 etabliert – ohne Schnittstellen und Aufgaben zu definieren.

Gescheiterte Impfstrategie:

Kaum zu glauben! Länder wie Marokko und Serbien und Chile impfen schneller als die Schweiz. Die Impfstrategie von Gesundheitsvorsteher Berset und seines BAG ist gescheitert. Lieferverzögerungen wurden nicht einberechnet, mit Astra Zeneca wurde ein Impfstoff bestellt, der in der Schweiz nicht zugelassen ist und den zugelassenen Johnson&Johnson-Impfstoff hat das BAG gar nicht bestellt.

Chaos-Kommunikation:

Mitglieder der Science-Taskforce widersprechen sich und dem Bundesrat öffentlich. Die Verwirrung ist komplett.



Ungebremste Masseneinwanderung trotz Corona-Krise

Auszug aus der Medienmitteilung vom 6. April 2021

Die Bevölkerung der Schweiz wächst trotz Corona-Krise, höheren Sterberaten und sinkenden Geburten weiter stark an. Der Grund ist die nach wie vor ungebremste Zuwanderung von EU-Ausländern und von Wirtschaftsmigranten in die Schweiz. Nicht-Integrierte und Nicht-Arbeitswillige machen es sich in der Krise hier bequem und profitieren von unserem luxuriösen Sozialsystem, während viele Einheimische um ihren Job bangen. Das zeigt: Eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung ist dringender denn je. Im vergangenen Jahr wanderten trotz Reisbeschränkungen, Wirtschaftskrise und Lockdown 137'400 Menschen in die Schweiz ein. Der massive Zustrom von Zuwanderern hält an, obwohl es weniger Jobs gibt, das Gastgewerbe geschlossen ist und der Detailhandel die Läden über Monate dichtmachen musste.

Die SVP wird die unverantwortliche Larifari-Politik der anderen Parteien weiter vehement bekämpfen und sich für ein souveräne Steuerung der Zuwanderung einsetzen – zum Wohl unseres Landes und seiner Leute.

Die FDP-Bundesräte bewegen sich – der Druck der SVP wirkt

Auszug aus der Medienmitteilung vom 14. April 2021

Dass der Bundesrat heute weitere Lockerungen beschlossen hat zeigt, dass der Druck der SVP wirkt und die beiden FDP-Vertreter im Bundesrat endlich davon abkommen, mit der wirtschaftsfeindlichen Linken zu paktieren. Der heutige Entscheid ist zudem das indirekte Eingeständnis von Gesundheitsvorsteher Alain Berset, dass die Schliessung der Skiterrassen ohne epidemiologische Grundlage erfolgte und daher eine reine Schikane und Machtdemonstration war. Die heutigen Entscheide weisen zwar in die richtige Richtung, es bleiben jedoch kleine Öffnungsschrittchen. Denn gemessen an den Fakten müsste der Bundesrat den Lockdown sofort beenden und das Arbeits- und Betätigungsverbot in Gastronomie, Kultur, Sport und Freizeit für alle

komplett aufheben. Neben der sofortigen Beendigung aller Lockdowns fordert die SVP eine beschleunigte Impfkampagne und eine konsequente Umsetzung des Testregimes. «Dass über Ostern die staatlichen Impfzentren geschlossen waren, ist eine Schlampe, die wir uns nicht leisten können», kritisiert SVP-Präsident Marco Chiesa.

Sittliches Begräbnis für das Institutionelle Abkommen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. April 2021

Die Verhandlungen über das Institutionelle Abkommen (InstA) zwischen der Schweiz und der EU gehen in die entscheidende Phase. Sie dauern nun schon seit Jahren – mit einem für unser freies Land katastrophalen Ergebnis. Deshalb gehört das InstA jetzt unverzüglich und endgültig in den diplomatischen Müllleimer. Im Zusammenhang mit den jüngsten Entwicklungen und den vom Bundesrat geplanten nächsten Schritten stellt die SVP deshalb folgende entschiedene Forderungen:

- Der Bundesrat muss gegenüber der EU endlich Klarheit schaffen und die Verhandlungen zum Institutionellen Abkommen abbrechen.
- Die SVP begrüsst das Treffen zwischen Bundespräsident Guy Parmelin und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, falls der Gesamtbundesrat dem Bundespräsidenten das klare Mandat erteilt, das Abkommen endgültig zu beerdigen.
- Um zu verhindern, dass die Schweiz vor Brüssel in die Knie geht, muss der Bundesrat verbindlich festhalten: Es werden keine neuen Verhandlungen über eine institutionelle Anbindung welcher Art auch immer begonnen.
- Eine Revision des Freihandelsabkommens von 1972, das die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und der EU regelt und den freien Marktzugang garantiert, steht nicht zur Diskussion.
- Der Bundesrat darf auch kein weiteren Ablassmilliarden zusichern. Die aktuellen 1,3 Milliarden Franken Kohäsionszahlungen sind blockiert wegen der einseitigen Strafmassnahmen der EU (Börsenäquivalenz).
- Die SVP spricht sich klar für bilaterale Beziehungen mit der EU aus. Diese müssen jedoch auf Augenhöhe stattfinden und dürfen weder eine automatische Übernahme von EU-Recht noch die Unterwerfung unter den Europäischen Gerichtshof beinhalten.

Der Bundesrat schiebt die Verantwortung auf die Bevölkerung ab und verweigert Rückkehr zur Normalität für die Geimpften, Getesteten und Genesenen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. April 2021

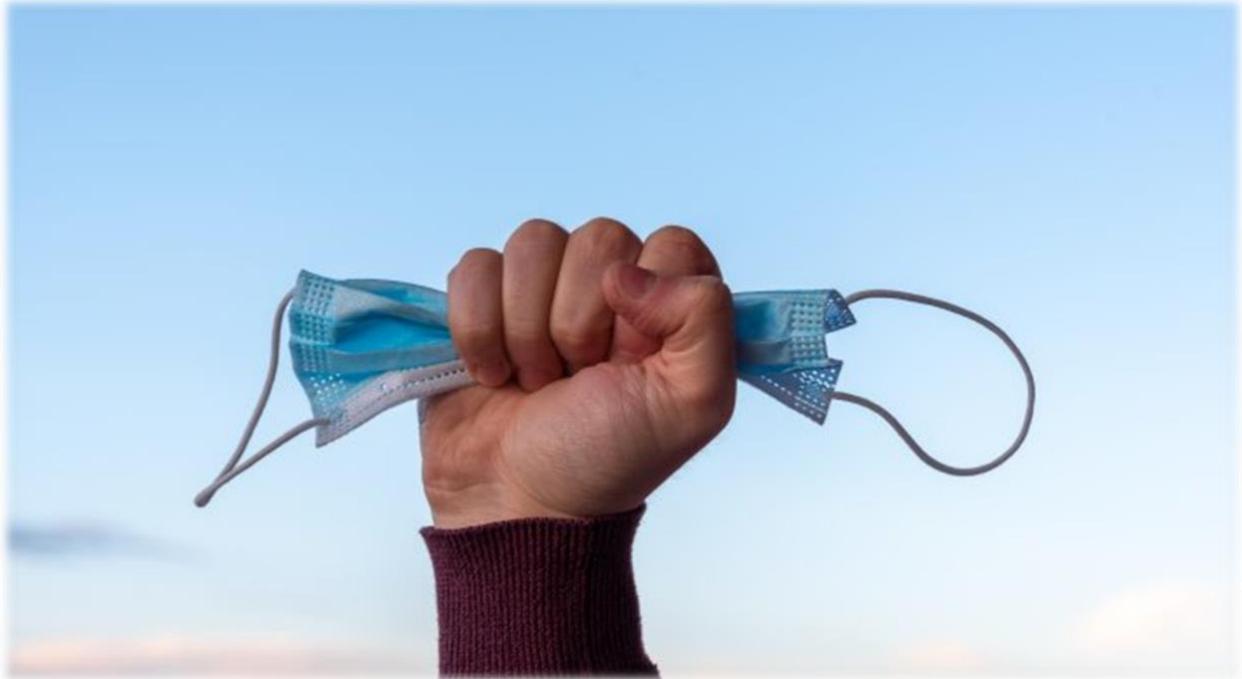
Die Schreckensszenarien sind nicht eingetreten, die die Verantwortlichen von Taskforce und BAG noch vor gut einem Monat prophezeit haben. Die Spitäler sind nicht überlastet, im Februar verzeichnete das Bundesamt für Statistik sogar eine Untersterblichkeit und die Zahl der Genesenen und Geimpften steigt stetig. Trotzdem schliesst der Bundesrat weitere Öffnungsschritte vor Ende Mai kategorisch aus. Er verweigert sogar all jenen eine Rückkehr zur Normalität, für die das Virus entweder

keine Gefahr mehr darstellt oder die nachweislich gesund sind, konkret den Geimpften, negativ Getesteten und Genesenen. Statt wirklich einen Ausweg aus der Pandemie aufzuzeigen, schiebt der Bundesrat lieber immer neue Gründe vor, um die Schliessungen aufrechtzuerhalten. Er wälzt nun sogar die Verantwortung auf die Bevölkerung ab. Das Problem ist nicht die fehlende «Impfbereitschaft», wie der Bundesrat behauptet, sondern dass sich in Bersets BAG bei der Beschaffung und Verteilung der Impfdosen Versagen an Versagen reiht.

Institutionelles Abkommen: Schweizer Bittgang auf allen Vieren verhindern

Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. April 2021

Die gute Nachricht vorweg: Bundespräsident Guy Parmelin hat bei seinem Treffen mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am letzten Freitag in Brüssel alles richtig gemacht. Er ist hart geblieben und hat die Schweizer Verhandlungspositionen transparent auf den Tisch gelegt. Trotzdem bleibt höchste Vorsicht geboten. Das schädliche, die direkte Demokratie und die Souveränität der Schweiz zerstörende Institutionelle Abkommen ist keineswegs beerdigt. Die SVP nimmt mit ungläubigem Erstaunen und Verärgerung zur Kenntnis, wie weit die Mitte-Links-Mehrheit des Bundesrates der EU nach wie vor entgegenkommen will.



SVP-Fraktion fordert die sofortige Aufhebung der «besonderen Lage»

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. Mai 2021

Die Bundeshausfraktion der SVP hat sich heute im Hinblick auf die Sondersession zu einer Sitzung getroffen und folgende Beschlüsse gefasst:

- Die «besondere Lage» gemäss Epidemien-Gesetz (EpG) ist unverzüglich aufzuheben. Laut dem EpG gilt die «besondere Lage» dann, wenn die ordentlichen Vollzugsorgane nicht in der Lage sind, den Ausbruch und die Verbreitung übertragbarer Krankheiten zu verhüten und zu bekämpfen. Angesichts der Tatsache, dass die Schweizer Bevölkerung seit über 12 Monaten mit dem Corona-Virus lebt, ist diese Voraussetzung für die «besondere Lage» nicht mehr gegeben.
- Die SVP-Fraktion spricht sich für das DNA-Profil-Gesetz aus und damit für die sogenannte Phänotypisierung. Dieses Vorgehen kann die polizeilichen Ermittlungen massiv erleichtern.
- Die SVP-Fraktion stimmt der Änderung des Asylgesetzes zu, wonach die Mitwirkungspflicht von Asylbewerbern bei der Feststellung ihrer Identität zu erweitern ist. Künftig soll die Migrationsbehörde Mobiltelefone, Computer und Tablets überprüfen und auswerten können.
- Die SVP-Fraktion spricht sich zudem für den Schutz der Schweizer Zuckerproduktion vor den Dumpingpreisen des Zuckers aus der EU aus.
- Das Stimmvolk muss zwingend über weitreichende völkerrechtliche Verträge entscheiden können. Deshalb spricht sich die SVP-Fraktion für eine entsprechende Änderung der Bundesverfassung aus. Diese sieht vor, dass völkerrechtliche Verträge dann dem obligatorischen Referendum unterliegen, wenn sie Bestimmungen von Verfassungsrang enthalten oder wenn deren Umsetzung die Änderung der Bundesverfassung erfordert.

Teilerfolg für die SVP in der Wirtschaftskommission

Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. Mai 2021

Seit Monaten entwickeln sich die Corona-Zahlen nur in eine Richtung: Nach unten. Trotzdem verweigerte der Bundesrat der Bevölkerung und den Unternehmen bis dato eine Rückkehr zur Normalität. Dank des Einsatzes der SVP waren zumindest einige kleine Öffnungsschritte möglich. Nun haben die Vertreter der SVP in der Wirtschaftskommission des Nationalrates weitere Teilerfolge erzielt.

Eigenverantwortung muss wieder an erster Stelle stehen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. Mai 2021

Angesichts der seit Monaten sinkenden Corona-Zahlen und der hohen Zahl von Geimpften und Genesenen fordert die SVP von der Mitte-Links-Mehrheit im Bundesrat nun endlich eine Rückkehr zur Normalität. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen nächsten Öffnungsschritte gehen immer noch zu wenig weit, weil sie dem gesellschaftlichen Wohl und den wirtschaftlichen Realitäten der Unternehmen zu wenig Rechnung tragen.

Sieg für die Selbstbestimmung und die direkte Demokratie der Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 26. Mai 2021

«Dank dem langen und unermüdlichen Einsatz der SVP ist das Institutionelle Abkommen mit der EU nun endlich endgültig vom Tisch», sagt SVP-Präsident Marco Chiesa. Damit behalte die Schweiz ihre Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Vor allem aber bleibt die Schweizer Bevölkerung der oberste Gesetzgeber und nicht die EU. «Der heutige Tag ist ein Sieg für die direkte Demokratie und damit für die Schweizer Bevölkerung», so Chiesa.

Dennoch heisst es, weiter wachsam bleiben. So muss auch künftig geschaut werden, dass der Bundesrat nicht die gleichen Fehler wiederholt, die er bei den Verhandlungen zum verunglückten Rahmenabkommen begangen hatte. Folgender Grundsatz bleibt unverhandelbar: Es darf kein Abkommen geben, bei dem sich die Schweiz EU-Recht und EU-Richtern unterwirft.

Die SVP geht gegen den links-grünen Aktivistensender SRF vor

Auszug aus der Medienmitteilung vom 2. Juni 2021

Das Schweizer Fernsehen SRF ist ausser Rand und Band. Der mit Zwangsgebühren finanzierte Staatssender entwickelt sich zunehmend zum NGO-TV, berichtet tendenziös und verletzt regelmässig die journalistische Sorgfaltspflicht. «Der Club» hat das Fass zum Überlaufen gebracht – die SVP Schweiz reicht Beschwerde gegen den Sender ein. Zudem wird die SVP auch politisch gegen das Schweizer Fernsehen SRF vorgehen.

Die SVP lehnt die Zahlung von Marktzutritts-Prämien entschieden ab

Auszug aus der Medienmitteilung vom 4. Juni 2021

Nach dem Aus für den Rahmenvertrag, will der Bundesrat die EU offensichtlich mit Milliarden-Zahlungen besänftigen und die bislang freiwillige sogenannte Kohäsionsmilliarde in eine regelmässige und zwingende Marktzutritts-Prämie umwandeln. Für die SVP ist dies inakzeptabel. Zum einen, weil kein Land der Welt eine Marktzutritts-Prämie bezahlt. Zum andern würden solche zwingenden Zahlungen an die EU bald Schule machen und andere Länder dazu animieren, von der Schweiz ebenfalls Marktzutritts-Prämien für den Export von Schweizer Produkten zu fordern. Hinzu kommt, dass unsere Exportindustrie dies gar nicht nötig hat – Schweizer Produkte werden im Ausland aufgrund ihrer herausragenden Qualität gekauft und nicht, weil die Schweiz dafür bezahlt.

Ein Votum für eine vernünftige Energiepolitik

Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. Juni 2021

Das Nein zum linken CO₂-Gesetz zeigt, dass sich der jahrelange Kampf der SVP für eine vernünftige Energiepolitik gelohnt hat. Dieses Resultat ermöglicht endlich eine Kehrtwende: weg von der ideologisch geprägten und teuren Symbolpolitik von Links-Grün, hin zu effizienten und wirtschaftlichen Lösungen. Es ist ebenfalls erfreulich, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger trotz der irreführenden Titel klar Nein zu den extremen Agrar-Initiativen gesagt haben. Dieses Nein ist ein Ja zur Schweizer Landwirtschaft. Damit bleibt die Versorgung der Bevölkerung mit einheimischen und regionalen Lebensmitteln auf höchstem Qualitätsniveau sichergestellt. Das Ja zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) gibt den Behörden die nötigen Mittel in die Hand, um islamistisch motivierte Extremisten an der Ausübung von Gewalt- und Terrorakten zu hindern. Damit ist es aber nicht getan. Um das Übel des Islamismus an der Wurzel zu packen, braucht es eine konsequente Asyl- und Migrationspolitik sowie weitere Massnahmen wie ein Islam-Gesetz. Der Bundesrat darf das Ja zum Covid-Gesetz nicht als Blankocheck für seine unverhältnismässige, chaotische und widersprüchliche Corona-Politik missverstehen. Das Resultat zeugt vom Willen des Stimmvolks, dass der Staat für die wirtschaftlichen Schäden aufkommen muss, welche die überzogenen Massnahmen verursacht haben. Der Bundesrat muss sofort alle Beschränkungen aufheben und die Bürgerinnen und Bürger in die Freiheit entlassen. Die SVP fordert: Normalität jetzt!

SVP unterstützt bessere Förderung von Wasserkraft und Biogasanlagen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. Juni 2021

Für die SVP besteht die grösste Herausforderung der künftigen Energie- und Klimapolitik darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, die mittel- und langfristig die Versorgungssicherheit mit inländischem Strom gewährleisten. Entsprechend wichtig ist, dass insbesondere in ganzjährig verfügbare Stromquellen wie Wasserkraft und Biogasanlagen oder hochalpine Solarkraftwerke investiert wird. Die vom Nationalrat dank der SVP angenommene Gesetzesanpassung ermöglicht die Förderung dieser Energiequellen basierend auf den bisher zur Verfügung stehenden Mitteln von 2.3 Rappen pro Kilowattstunde. Gleichzeitig können auch die bisher über die kostendeckende Einspeisevergütung unterstützen Projekte, wie Solar- oder Windenergie mit Investitionsbeiträgen gefördert werden.

Die SVP steht zur Landesverteidigung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 30. Juni 2021

Im September 2020 hat das Schweizer Stimmvolk dem Kauf neuer Kampfflugzeuge zugestimmt und damit auch Ja gesagt zur Landesverteidigung. Die SVP steht zum Auftrag der Schweizer Armee und zur Beschaffung neuer Flugzeuge. Denn diese gehören zum funktionierenden Schutz der Menschen in der Schweiz vor Gefahren aus der Luft und vor Terrorismus. Die SVP ist konsterniert, dass Links-grün Widerstand leistet und damit wieder einen demokratischen Entscheid missachtet, nur weil dieser nicht genehm ist. Ebenfalls unverständlich ist die Haltung der SP, die als Bundesratspartei nicht zur Landesverteidigung steht und damit auch nicht zum Schutz der Menschen in der Schweiz vor militärischen und terroristischen Bedrohungen.



Berset übersteuert Kantone – Kein Impfzwang durch die Hintertür

Auszug aus der Medienmitteilung vom 7. Juli 2021

Bundesrat Alain Berset droht den Kantonen unverhohlen, sollten sie nach den Sommerferien nicht regelmässige Covid-Tests an den Schulen durchführen. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren wehrt sich zu Recht gegen diese unzulässige Einmischung. Die Rechtslage ist eindeutig: Die Kantone sind für die Testkonzepte zuständig, und sie haben auch die Hoheit im Bildungsbereich. Zudem sind föderalistische Lösungen besser: Sie können angemessen und effizient auf die jeweilige Situation reagieren. Sonnenkönig-Allüren helfen definitiv nicht weiter. Die SVP unterstützt den St. Galler Bildungsdirektor Stefan Kölliker deshalb in seinem Widerstand gegen das Berset-Diktat.





Die SVP lässt nicht zu, dass die links-grünen Luxus-Sozialisten den Werkplatz Schweiz zerstören

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. August 2021

An einer Medienkonferenz mit Rundgang durch die Ernst Fischer AG, die von der Nationalrätin und Unternehmerin Diana Gutjahr geführt wird, stellt die SVP ihre wirtschaftspolitischen Ideen und Forderungen vor. Ziel ist es, dass die Schweizer Volkswirtschaft durchstartet, und dass der Wirtschaftsstandort Schweiz gestärkt wird. Eine gedeihende Wirtschaft ist die Grundlage unseres Wohlstands. Doch es drohen Gefahren: Durch massive Eingriffe und die unfreiheitliche Regulierungswut der wohlstandsverwahrlosten links-grünen Luxus-Sozialisten im eigenen Land. Die links-grünen Luxus-Sozialisten aus den grossen Städten benutzen den Deckmantel der Ökologie für eine breite sozialistische Umverteilung. Nationalrat und Fraktionspräsident Thomas Aeschi führt aus: «Dass die Luxus-Sozialisten in ihrer ideologischen Verblendung den Zusammenhang zwischen einer prosperierenden Wirtschaft, Arbeitsplätzen und dem Wohlstand unseres Landes nicht mehr anerkennen wollen und überall Angriffe auf den Werkplatz Schweiz lancieren, dagegen wehrt sich die SVP vehement.»

Basierend auf ihrer langjährigen Erfahrung als internationale Unternehmerin unterstreicht Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher die Bedeutung von guten weltweiten Wirtschaftsbeziehungen: «Die Schweiz gehört traditionell zu den weltoffensten und vernetztesten Wirtschaftsnationen – auch in Zukunft soll unser Land gute Beziehungen mit der ganzen Welt pflegen.» Darauf aufbauend sollen bestehende Freihandelsabkommen gesichert und ausgebaut sowie neue Abkommen abgeschlossen werden.

Nationalrat Michaël Buffat betont, dass die SVP «keine zubetonierte 10-Millionen-Schweiz, sondern eine intakte Landschaft, gesicherte Sozialwerke, eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur, eine zuverlässige Energie- und Nahrungsmittelversorgung und weniger Wirtschaftsmigranten – schlicht eine lebenswerte und sichere Schweiz» will. «Der Arbeitsmarkt regelt sich offensichtlich nicht von selbst, wenn im Krisenjahr 2020 bei fast einer Million Einwohnerinnen und

Einwohner in Kurzarbeit und einem starken Anstieg der Erwerbslosigkeit die Masseneinwanderung gegenüber 2019 sogar noch zugenommen hat», so Buffat. Nationalrätin Diana Gutjahr legt den Fokus des wirtschaftlichen Vitalisierungsprogramms auf die Deregulierung im Inland: «Der vergleichsweise liberale Schweizer Arbeitsmarkt ist in Gefahr. Es braucht mehr Flexibilität.» Das Staatswachstum und der ständige Ausbau der Sozialwerke seien zu stoppen. «Anstatt die Arbeitslosenkasse durch EU-Ausländer zu belasten, muss die Schweiz dafür sorgen, dass die Attraktivität der Berufslehre durch gute Ausbildungsplätze und Lehrbetriebe erhalten bleibt und die Berufsbilder den aktuellen Anforderungen praxisnah angepasst werden können», so Gutjahr.

Wortbruch von Bundesrat Berset

Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. August 2021

Am (heutigen) 11. August hätte der Bundesrat den Übergang in die sogenannte Normalisierungsphase verkünden sollen. Wie Bundesrat Alain Berset heute bekannt gab, wird dieser Zeitpunkt verschoben. Mit dieser unsäglichen Hinhaltenaktik muss nun sofort Schluss sein. Die SVP fordert die Aufhebung sämtlicher Covid-Massnahmen. Dann erübrigt sich auch die Frage nach bezahlten oder nicht bezahlten Tests. Denn jeder, der sich impfen lassen wollte, ist in der Zwischenzeit geimpft. Und auch die Zahl der Hospitalisierungen und der Covid-Intensiv-Patienten befindet sich schon lange auf tiefem Niveau.

Tributzahlung an Brüssel

Der Bundesrat beantragt, dass das Parlament die 1,3 Milliarden Franken Kohäsionszahlung an die EU freigibt. Damit soll der freiwillige Kohäsionsbeitrag in eine zwingende Marktzutrittsprämie umgewandelt werden. Das wäre ein fatales Signal – und eine Einladung an andere Staaten und Organisationen. Zudem hat das Parlament 2019 klar festgehalten, dass die Kohäsionsmilliarde nicht ausgelöst wird, solange die EU einseitig diskriminierende Massnahmen gegen die Schweiz erlässt.

Machtwechsel in Afghanistan: Was soll die Schweiz tun?

Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. August 2021

Afghanistan ist seit Jahrzehnten ein Konfliktherd. Der Bundesrat darf sich auf keinen Fall in diesen Konflikt reinziehen lassen. Er soll strikte Neutralität wahren. Nur durch aussenpolitische Zurückhaltung kann die Schweiz als Vermittlerin auftreten und gute Dienste für alle leisten. Asyl sollen nur jene Flüchtlinge erhalten, die an Leib und Leben bedroht sind. Besser ist Hilfe vor Ort und in den umliegenden Staaten. Zurzeit ist die Lage in Afghanistan ohnehin unklar. Es gilt abzuwarten, wie der Machtwechsel vonstattengeht und was die internationalen Verhandlungen ergeben. Was die SVP entschieden ablehnt, sind Kontingent-Flüchtlinge. Das wäre eine Einladung für Hunderttausende Afghanen, in die Schweiz, nach Europa zu kommen. Wir sind auch gegen ein Asyl à la carte: Dass afghanische Flüchtlinge durch mehrere sichere Drittstaaten in die Schweiz kommen, um an bessere Sozialleistungen zu kommen. Es geht dabei auch um die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung: Durch unkontrollierte Asylströme kommen auch Islamisten, Gewalttäter und Nicht-Integrierbare in die Schweiz.

Grosse Sympathien für Covid-Referendum

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. August 2021

Heute haben sich bei schönstem Sommerwetter 300 Delegierte und Gäste der SVP Schweiz zur Parteiversammlung in Granges-Paccot FR getroffen. Dabei folgten sie der Empfehlung des Parteivorstandes und beschlossen ein dreifaches NEIN:

- NEIN zum Covid-19-Gesetz: Dank den Soforthilfen kam die Wirtschaft nicht komplett zum Erliegen und der nötige finanzielle Spielraum ist nun dadurch wieder gegeben, sodass der Bundesrat die besondere Lage aufheben und seine Vollmachten abgeben müsse.
- NEIN zur 99-Prozent-Initiative: Die Delegiertenversammlung lehnt die Initiative einstimmig ab, da unseren KMU bedeutend weniger Ressourcen zur Innovationsförderung oder der Schaffung neuer Arbeitsplätze bleiben würden. Dadurch würde der Ansporn für eine unternehmerische Tätigkeit klar sinken.
- NEIN zur «Ehe für Alle»: «Die Ehe für alle verurteilt Kinder, ohne Vater aufwachsen zu können, um dem Traum der Selbstverwirklichung einiger Erwachsener nachzukommen», bemerkte Nationalrat Yves Nidegger (GE). Die Mehrheit der Delegiertenversammlung stimmte seiner Argumentation zu.

Keine Tests und Kontrollen an der Grenze – und dafür die Betriebe und Bevölkerung in der Schweiz drangsalieren?

Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. August 2021

Ende Sommer ist das Covid-Zertifikat vom Tisch, versprach Bundesrat Alain Berset im Frühjahr. Nun bricht der SP-Gesundheitsminister nicht nur sein Versprechen, er will die Zertifikatspflicht sogar ausdehnen. Die SVP lehnt die geplante Impf-Pflicht für Restaurantbesuche entschieden ab. Mit der geplanten Ausweitung des Zertifikats lenkt der Bundesrat nur von seinem eigenen Versagen ab: Die steigenden Zahlen haben vor allem mit den vielen infizierten Reiserückkehrern zu tun. 40 Prozent der derzeit Hospitalisierten haben sich im Ausland angesteckt, viele davon auf dem Balkan. Es ist schon länger bekannt, dass die Intensivstationen überdurchschnittlich von Personen mit Migrationshintergrund belegt werden – was aber aus falscher politischer Korrektheit verschwiegen wurde. Weil der Bundesrat die Reiserückkehrer wiederum aus falscher politischer Korrektheit nicht kontrolliert, will er nun die Schweizer Bevölkerung und Betriebe mit Verschärfungen plagen. Dazu sagt die SVP ganz klar Nein.

Die von der Bundesratsmehrheit betriebene Corona-Politik sorgt für beispiellose Staatsschulden. 25 Milliarden Franken zusätzliche Schulden! Die SVP unterstützt die Schuldenabbau-Vorlage von Finanzminister Ueli Maurer – und hält fest, dass die erfolgreiche Schuldenbremse nicht angetastet werden darf.

Die SVP fordert eine Aufstockung der Intensivbetten

Auszug aus der Medienmitteilung vom 31. August 2021

Eine Ausdehnung der Covid-Zertifikats-Pflicht kommt einem Impfbzwang gleich. Auch würde dies einmal mehr die sonst schon geplagte Gastronomie hart treffen. Die Folge

wäre erneute Kosten in Milliardenhöhe für finanzielle Hilfen und für eine Verlängerung der Kurzarbeit. Hinzu kommt, dass es völlig unklar ist, wann und gemäss welchen Kriterien das Zertifikat wieder aufgehoben würde. Aus Sicht der SVP muss die Impfung freiwillig bleiben. Wenn der Bund mehr Menschen überzeugen will, sich impfen zu lassen, dann soll er nicht Druck ausüben, sondern das Angebot verbessern. Etwa indem, mehr dezentrale Impf-Möglichkeiten geschaffen werden. Die Impfbüros in den Städten sind einzig auf die Bedürfnisse der urbanen Bevölkerung ausgelegt.

Angesichts der aktuellen Hospitalisierungszahlen und der insgesamt viel tieferen Sterblichkeit wäre die Ausweitung der Zertifikatspflicht reine Panikmache. Um eine allfällige Überlastung des Gesundheitswesens zu verhindern, ist es zielführender und letztlich unter dem Strich günstiger die Zahl der Intensivbetten auf 1200 oder 1300 zu erhöhen. Auch erwartet die SVP vom Bundesrat, dass er im Hinblick auf die Herbstferien an den Landesgrenzen Massnahmen ergreift, damit infizierte Reiserückkehrer das Virus nicht so ungehindert einschleppen können wie dies letzten und diesen Sommer der Fall war.

SEPTEMBER



Die Schweiz darf keine afghanischen Illegalen, Islamisten und Straftäter aufnehmen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. September 2021

Im Hinblick auf die Herbstsession hat sich die Bundeshausfraktion der SVP zu ihrer Sitzung in Wetzikon (ZH) getroffen und folgende Beschlüsse gefasst:

- Angesichts der Tausenden von Afghanen, die die NATO-Staaten derzeit in Deutschland und insbesondere in den Balkanstaaten «parkieren», steigt die Gefahr der unkontrollierten Weiterwanderung von Straftätern und Islamisten. Die SVP-Fraktion fordert deshalb eine dringliche Debatte zur drohenden Fluchtwelle von Afghanen in die Schweiz.

- Die SVP-Fraktion fordert, dass Asylbewerber den Asylentscheid – analog zum dänischen Modell – künftig in einem sicheren Drittland möglichst in der Nähe ihres Herkunftslandes abwarten müssen. Zudem sollen Asylbewerber in der Schweiz nur noch für die erste Verfahrensstufe das Recht auf einen Gratisanwalt erhalten.
- Den UNO-Migrationspakt lehnt die SVP-Fraktion nach wie vor entschieden ab. Sie unterstützt jedoch den ständerätlichen Sistierungsantrag, der auf die Ergebnisse der Subkommission «Soft Law» warten will.
- Im Umgang mit der Corona-Pandemie erneuert die SVP-Fraktion ihre Forderung, dass der Bundesrat nun endlich die besondere Lage aufheben muss.

Ausreisepflichtige Corona-Test-Verweigerer dürfen sich der Ausschaffung nicht entziehen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 4. September 2021

Die Bundeshausfraktion der SVP hat sich an ihrer Sitzung in Wetzikon (ZH) einstimmig für eine Anpassung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration ausgesprochen. Konkret geht es darum, eine rechtliche Grundlage für die zwangsweise Durchführung von Covid-19-Tests bei Ausländern zu schaffen, wenn dies für den Vollzug der Wegweisung, der Ausweisung oder der Landesverweisung notwendig ist. Diese Gesetzesänderung ist deshalb dringlich, weil sich immer mehr abgewiesene Asylbewerber oder sonst ausreisepflichtige Ausländer ihrer Rückführung widersetzen in dem sie einen Corona-Test verweigern. Dies im Wissen darum, dass sie ungetestet nicht in ihre Herkunftsländer einreisen dürfen.

In Bezug auf die PostFinance hat sich die SVP-Fraktion einstimmig dafür ausgesprochen, dass diese erst nach einer erfolgten Privatisierung ins Kredit- und Hypothekarvergabegeschäft einsteigen darf. Den Vorschlag des Bundesrates, das Hypothekar- und Kreditvergabeverbot sofort aufzuheben und die PostFinance erst anschliessend schrittweise zu privatisieren, lehnt die SVP-Fraktion ab.

Zertifikatspflicht: SP, FDP und die Mitte spalten die Bevölkerung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 8. September 2021

Dass der Besuch im Restaurant, im Café oder im Fitnesscenter ab Montag nur noch mit Corona-Zertifikat möglich sein soll, ist für die SVP inakzeptabel. Weshalb der öffentliche Verkehr einmal mehr von den Massnahmen ausgenommen ist, ist reine Willkür – zumal die Züge und Busse vor allem in städtischen Gebieten voll sind. Ebenfalls nicht nachvollziehbar ist, dass die Bundesverwaltung sowie die Parlamentarierinnen und Parlamentarier von der Zertifikatspflicht ausgenommen sind: Das sind Privilegien gegenüber dem Rest der Bevölkerung, wie sie es in Monarchien gab. Und völlig unverständlich ist, dass es für Besuche in Alters- und Pflegeeinrichtungen keine Zertifikatspflicht gibt. Der Bundesrat schränkt wieder einmal lieber die ganze Bevölkerung ein, als dass er die Verletzlichen in unserer Gesellschaft schützt.

Ein absolutes No-go ist für die SVP, dass Arbeitgeber nun ganz offiziell die Privatsphäre ihrer Mitarbeitenden verletzen und den Impfstatus erfragen dürfen. Dies öffnet Missbrauch und Diskriminierung Tür und Tor. Hier wird zudem offensichtlich, dass sich die Gewerkschaften und die Linken schon längst nicht mehr für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung einsetzen.

Die SVP bekämpft die schädliche Schmarotzer-Politik der links-grünen Städte

Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. September 2021

Die SVP packt das Problem der Schmarotzer-Politik der links-grünen Städte an. Dabei stellt Parteipräsident Marco Chiesa klar, dass sich die Offensive der SVP nicht gegen die Städte an sich richte, sondern gegen die schädliche Politik ihrer links-grünen Regierungen. «Die SVP bekämpft die links-grüne Arroganz, die Misswirtschaft und die masslose Verschleuderung von Steuergeldern», betont Parteipräsident Marco Chiesa.

Nationalrat Thomas Matter (ZH) präsentiert das neue SVP-Positionspapier «Die Schmarotzer-Politik der links-grünen Städte». Der Stadt-Land-Graben sei eine historische Konstante mit aktuellem Konfliktpotenzial. Anhand konkreter Beispiele und Zahlen aus den grossen linken Städten Zürich und Winterthur zeigt Matter die massive Umverteilung von Agglomeration und Land in die Städte auf.

Nationalrat Erich Hess (BE) beleuchtet die desolaten Verhältnisse im Kanton Bern. In der Sozialhilfe-Hölle Biel fressen die Sozialhilfekosten 80 Prozent der Steuereinnahmen auf! «Das müsste eigentlich jede Stadt an den Rand des Ruins treiben und zu Reformen zwingen», sagt Hess. Nicht so in Biel: Wegen des kantonalen Lastenausgleichs müssen die sauber wirtschaftenden Agglo- und Landgemeinden die Laisser-faire-Politik der links-grün regierten Stadt Biel bezahlen. Lucie Rochat, Präsidentin der SVP-Frauen der Romandie, spricht für die ländliche Bevölkerung des Kantons Waadt. Am Beispiel der Stadt Lausanne zeigt sie auf, wie die links-grünen Städte finanziell von der Agglomeration und der Landschaft profitieren und diese im Gegenzug «benachteiligen und terrorisieren», so mit einer autofeindlichen Verkehrspolitik.

SVP fordert grundlegende Neudefinition des Asylbegriffes

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. September 2021

Angesichts der drohenden Fluchtwelle aus Afghanistan hat die Bundeshausfraktion der SVP in der aktuellen Herbstsession eine dringliche Debatte zu Asyl und zur Zuwanderung gefordert. Im Hinblick auf diese Debatte, die nächste Woche stattfindet, hat die SVP-Fraktion zwei dringliche Interpellationen eingereicht. Darin will sie unter anderem vom Bundesrat wissen, ob er bereit ist, das Schweizer Asylrecht so zu ändern, dass es einzig auf den Krisenfall in Nachbarstaaten ausgerichtet ist.

Schweizer Volk erteilt wirtschaftsfeindlicher Politik von Links-Grün eine deutliche Abfuhr

Auszug aus der Medienmitteilung vom 26. September 2021

Die SVP nimmt das deutliche Nein zur linksextremen 99-Prozent-Prozent-Initiative erleichtert zur Kenntnis. Das Schweizer Stimmvolk hat erneut bewiesen, dass solche

extremen, wirtschaftsfeindlichen und arbeitsplatzvernichtenden Initiativen in unserem Land keine Chance haben. Der hohe Nein-Stimmen-Anteil ist ein klares Signal an die Linken und Grünen, die immer wieder mit radikalen Vorstössen kommen, die den Schweizer Werkplatz und den Wohlstand gefährden.

Die SVP bedauert das Ja zur «Ehe für alle» – vor allem aus Sicht des Kindeswohls. Die Befürworter – inklusive der neuen Mitte, die sich mit dem «C» von ihren christlichen Werten entfernt hat – haben erfolgreich den falschen Anschein erweckt, als gehe es bei der Initiative bloss darum, wer wen lieben darf. Aber darüber muss man in der Schweiz nicht abstimmen. Die Problematik liegt vielmehr darin, dass die Initiative die Rechte der Kinder und das Kindeswohl insgesamt schädigt. Die Samenspende für lesbische Paare stellt den Egoismus homosexueller Selbstverwirklichung über das Wohl und das natürliche Bedürfnis der Kinder, mit Mutter und Vater aufzuwachsen und den Vater zu kennen. Der Begriff Vater wird durch «Samenspender» ersetzt.

Trotz Volks-Nein: SP, Grüne, GLP, FDP und Mitte stimmen für höhere Benzinpreise

Auszug aus der Medienmitteilung vom 29. September 2021

Am 13. Juni 2021 hat sich die Mehrheit der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit dem NEIN zum CO₂-Gesetz klar gegen höhere Preise Benzin- und Dieselpreise ausgesprochen. Doch die Mitte-Links-Mehrheit im Parlament gebärdet sich, als ob es diesen Volksentscheid nie gegeben hätte. So haben SP, Grüne, GLP, FDP und Mitte in der Herbstsession gegen den Willen der SVP entschieden, das geltende CO₂-Gesetz mit einer Übergangsfrist zu verlängern. Damit werden Benzin und Diesel um 3,5 Rappen pro Liter teurer. Pro Jahr macht dies über 200 Millionen Franken an zusätzlichen Abgaben, die Links-Grün den Menschen aus der Tasche zieht.

Wendehälse von FDP und Mitte verschenken nun doch 1,3 Milliarden Steuerfranken an die EU

Auszug aus der Medienmitteilung vom 30. September 2021

Vor den nationalen Wahlen, im Sommer 2019, lehnten FDP und die Mitte die Zahlung der sogenannten Kohäsionsmilliarde an die EU ab – konkret sind es 1,3 Milliarden Franken. Dies weil die EU die Schweiz diskriminierte, indem sie die Börsenäquivalenz verweigerte. Seither ist die Diskriminierungspolitik der EU gegenüber der Schweiz unverändert. Geändert hat sich einzig die Meinung der Parlamentarierinnen und Parlamentarier von FDP und Mitte. Heute verschenken sie die 1,3 Milliarden Steuerfranken nicht nur völlig bedingungslos. Sie sind obendrein noch zu feige, das Volk über diese Zahlung entscheiden zu lassen. Nur so lässt sich die Ablehnung des Antrages der SVP erklären, den Parlamentsbeschluss zur Zahlung der Kohäsionsmilliarde dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Aus Sicht der SVP müssen die 1,3 Milliarden Steuerfranken der Schweizer Bevölkerung zugutekommen – etwa für die Sicherung unserer Sozialwerke – statt in intransparenten EU-Projekten zu versickern.

Nein zum Covid-Gesetz, Nein zur Spaltung der Gesellschaft

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. Oktober 2021

Die SVP eröffnet gemeinsam mit ihrer Jungpartei den Abstimmungskampf gegen das verschärfte Covid-Gesetz. An der Medienkonferenz in Bern appelliert Parteipräsident Marco Chiesa an das Schweizer Volk, am 28. November Nein zu Diskriminierung und Willkür zu sagen. JSVP-Präsident David Trachsel setzt sich vehement für die Jungen ein, die seit Beginn der Pandemie aus Solidarität mit den älteren Generationen auf vieles verzichtet hätten und jetzt unter einem faktischen Impfwang stünden. Nationalrätin Martina Bircher warnt davor, die Zertifikatspflicht könnte gar nicht mehr aufgehoben werden, sollte das gefährliche Gesetz an der Urne durchkommen, während ihr Ratskollege Jean-Luc Addor die staatliche Bevormundung und die Spaltung der Gesellschaft bekämpft.



Gewalt gegen Frauen hat einen Namen: nicht-integrierte Zuwanderer, insbesondere aus dem islamischen Kulturkreis

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. Oktober 2021

Häusliche Gewalt ist trauriger Alltag in der Schweiz. Allein die Kantonspolizei Zürich rückt täglich 18 Mal wegen häuslicher Gewalt aus. Darunter Gewalttaten, bei denen Frauen ihr Leben verlieren. Seit Januar wurden in der Schweiz 21 Frauen getötet. Die Statistik zeigt auch: hier handelt es sich vor allem um importierte Gewalt. In der Mehrheit der Fälle von häuslicher Gewalt sind die Täter Zuwanderer, in mehr als der Hälfte der Tötungsdelikte 2021 waren die Täter Ausländer – oft nicht-integrierte Männer aus der Türkei, aus Balkanstaaten oder aus arabischen und afrikanischen Ländern – kurz aus Ländern, in denen Frauen wenig bis keine Rechte haben. Wie die SVP bereits 2019 in ihrem Positionspapier «Kriminalität hat einen Namen: Die masslose Zuwanderung» festgestellt hatte, geht auch die Mehrheit der schweren Sexualdelikte auf das Konto von nicht-integrierten Zuwanderern. Und: In vielen

Fällen, waren die Täter der Polizei schon geraume Zeit wegen Drohung und Gewalt bekannt.

Der links-grüne Mainstream kehrt diese Zusammenhänge aus ideologischen Gründen unter den Teppich. Dass ausgerechnet die SP, die stets vorgibt, an vorderster Front für die Rechte der Frauen zu kämpfen, die Augen vor dieser Realität verschliesst, ist nicht nur absurd, sondern auch gefährlich. Statt das Kind beim Namen zu nennen und endlich Hand zu bieten, diese nichtintegrierten Gewalttäter auszuschaffen, betreibt Links-Grün Täterschutz. Sie fordern lieber noch mehr Frauenhäuser, schwurbeln von «toxischer Männlichkeit» und stellen alle Männer unter Generalverdacht. Wer auf die problematische Zuwanderung und Asylnmigration hinweist, wird als Rassist beschimpft.

SVP Schweiz sagt den links-grünen Schmarotzer-Städten den Kampf an

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. Oktober 2021

Die Bilanz der Analyse des Stadt-Land-Konflikts in der Schweiz ist alarmierend: Die links-grün regierten urbanen Zentren profitieren massiv von Transferzahlungen der leistungswilligen Land- und Agglo-Bevölkerung sowie der Unternehmen. Mit dem umverteilten Geld der anderen finanzieren die Luxus-Sozis und Bevormunder-Grünen Privilegien für ihre Klientel. Dabei blühen Vetterliwirtschaft und eine unverschämte Selbstbedienungsmentalität der bürokratischen Eliten. Im Klartext: Die Bewohner der Städte beziehen viel mehr Leistungen vom Staat als sie mit ihren Steuern bezahlen. Diesem Treiben will die SVP den Riegel schieben. Um den schädlichen Einfluss der links-grünen Städte auf die freiheitliche politische Kultur der Schweiz zu beschränken, schlägt die SVP Schweiz den Kantonalsektionen Massnahmen vor wie die Herstellung der Kosten- und Steuerwahrheit zwischen Städtern und Landbevölkerung oder die Neuberechnung und Verteilung der Nationalratssitze auf der Basis der Zahl der Schweizer Bürgerinnen und Bürger statt wie bis anhin der ständigen Wohnbevölkerung.

Energieversorgung: Frau Bundesrätin Sommaruga machen Sie Ihren Job!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 23. Oktober 2021

Die Delegierten der SVP Schweiz sagten an ihrer Versammlung in Montricher (VD) mit grosser Mehrheit Ja zur Resolution gegen die Schmarotzer-Politik der links-grün regierten Kernstädte. Damit sagt die SVP Schweiz dem Treiben der Luxus-Sozis und der Bevormunder-Grünen entschieden den Kampf an. Diese beziehen weit mehr Leistungen vom Staat, als sie mit ihren Steuern bezahlen.

«Die Schweiz bekommt in absehbarer Zeit ein Stromversorgungsproblem.» warnt Parteipräsident Marco Chiesa in seiner Rede. Die Energiestrategie 2050 des Bundesrates sei keine Strategie, sondern ein ökologischer Blindflug, der den Wohlstand und die Versorgungssicherheit der Schweiz gefährde.

Die Delegierten der SVP Schweiz fassten die Parolen für die Abstimmungen vom 28. November. Sie sagten klar Nein zur Pflege- und Justizinitiative!

Mit den globalen Kriegstreibern entscheiden? Nein danke!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. Oktober 2021

Die Neutralität, Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz sollen einmal mehr aufs Spiel gesetzt werden. Geht es nach dem Willen des von Mitte-Links dominierten Bundesrats, so würde die Schweiz schon ab dem 1. Januar 2023 erstmals nichtständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat sein. Ein solches Engagement ist aus Sicht der SVP skandalös und nicht mit dem jahrhundertealten Schweizer Neutralitätsprinzip vereinbar. Denn wie auch der Bundesrat in seinem neusten Bericht zum Thema einräumt, sieht die UNO-Charta ausdrücklich vor, dass der Sicherheitsrat sowohl über nichtmilitärische Sanktionen als auch über militärische Interventionen entscheiden kann.

Die SVP Schweiz fordert daher mit Nachdruck, auf eine Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat zu verzichten – wie sie dies seit dem entsprechenden Entscheid des Parlaments 2011 bereits mehrfach in Vorstössen formuliert hat.

**Sofortige Kontrolle der Landesgrenze – illegal einreisende Afghanen sind unverzüglich zurückzuschaffen**

Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. November 2021

Nun ist eingetroffen, wovor die SVP gewarnt hat: Täglich kommen Dutzende afghanische Migranten illegal in die Schweiz und tauchen dann unter. Gemäss den Zollbehörden sind seit Juni 2500 illegale Migranten in die Schweiz eingereist – die grosse Mehrheit von ihnen sind junge Männer. Sie stellen für unser Land ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Die Gefahr ist gross, dass sich unter ihnen Islamisten oder Straftäter befinden. Eine Einschätzung, die der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) teilt, wie der Bundesrat in einer Antwort auf die Interpellation 21.4047 der SVP schreibt. Gemäss NDB «besteht eine reale Möglichkeit», dass Angehörige des «Islamischen Staats» oder ehemalige dschihadistische Kämpfer nach Europa und in die Schweiz migrieren.

Die SVP fordert Justizministerin Karin Keller-Sutter auf abzuklären, woher die illegal in die Schweiz einreisenden Afghanen kommen. Es besteht der begründete Verdacht, dass sie zu jenen Zehntausenden Afghanen gehören, welche Anfang September von den NATO-Ländern unter anderem in den Balkan-Ländern Kosovo, Nordmazedonien und Albanien untergebracht worden sind, um dort ein Überprüfungsverfahren zu durchlaufen. Sollte sich dieser Verdacht bestätigen, dann sind diese Personen umgehend in diese Länder zurückzuführen.

Fake-News von Tagesanzeiger und NZZ: Marco Chiesa fordert keine Impfpflicht!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. November 2021

Marco Chiesa hat in einem Interview mit dem Tagesanzeiger vom 16. November deutlich gesagt, dass er gegen eine allgemeine Impfpflicht sei. Für Leute, die mit vulnerablen Menschen zu haben, mache eine Impfung aber durchaus Sinn. Noch sicherer aber wären Tests, weil geimpfte Menschen trotzdem ansteckend seien. Aus dieser Aussage hat der Tagesanzeiger dann die falsche Schlagzeile gebastelt: «SVP-Chef will Impfpflicht für Pflegepersonal». Fake-News, die die NZZ unbesehen weiterverbreitet.

Korrekt ist, dass sich Marco Chiesa für vermehrtes Testen ausgesprochen hat. Hintergrund dieser Aussage sind die Ergebnisse einer neuen schwedischen Studie, die zeigen, dass die Impfstoffe von Pfizer, Moderna und AstraZeneca teilweise nach vier bis sieben Monaten kaum mehr vor einer symptomatischen Ansteckung mit dem Coronavirus schützen. Wegen der massiv nachlassenden Schutzwirkung der Impfung ist das Zertifikat aber keine Garantie, sich oder andere nicht anzustecken.

Marco Chiesa merkt weiter an: «Wenn es Bundesrat und BAG wirklich darum ginge, die Risikogruppen zu schützen, dann würden sie eine Testpflicht für alle verfügen, die in solchen Institutionen arbeiten und die Tests – für Geimpfte und Ungeimpfte – wieder kostenlos anbieten.»

Die SVP setzt sich als einzige Partei für einen haushälterischen Umgang mit Steuergeldern ein

Auszug aus der Medienmitteilung vom 20. November 2021

Haupttraktandum der heutigen Fraktionssitzung in Saanenmöser (BE) waren die Bundesfinanzen. Angesichts der horrenden Corona-Schulden, setzt sich die SVP als einzige Partei entschieden für einen haushälterischen Umgang mit Steuergeldern ein. Sie wird deshalb in der Budgetdebatte der Wintersession Minderausgaben in der Höhe von rund 683 Millionen Franken fordern. Sollten die Vorschläge der SVP zur Senkung des Ausgabenwachstums von der Mitte-Links-Mehrheit im Parlament nicht goutiert werden, wird die SVP den Voranschlag 2022 ablehnen.

Die Fraktion der SVP setzt sich für mehr Sicherheit für die Menschen in der Schweiz ein. So unterstützt die Fraktion die Standesinitiative des Kantons St. Gallen 19.300 «Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher». Damit sollen die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um auch lange zurückliegende schwere Straftaten aufklären zu können. Weiter unterstützt die SVP-Fraktion die Parlamentarische Initiative 14.401 «Wirksame Strafbestimmungen zur Verfolgung der organisierten Kriminalität». Diese soll es den Strafverfolgungsbehörden künftig erleichtern sowohl gefährliche mafiöse Organisationen als auch Einbrecherbanden oder kriminelle Familienclans zu verfolgen. Auch spricht sich die Fraktion der SVP für das DNA-Profil-Gesetz aus.



Bundesrätin Sommaruga muss die Energieversorgung sicherstellen – sonst ist ihr das Dossier zu entziehen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. November 2021

Die SVP präsentiert in Bern ihr Positionspapier «Für eine sichere, umweltfreundliche und bezahlbare Energieversorgung». Das Geschäft hat höchste Priorität: Um drohende Energiekrisen mit verheerenden Strommangellagen zu verhindern, muss die Schweiz mehr Strom produzieren. Dabei müssen die Wasser- und Kernkraft die verlässlichen Grundpfeiler der Schweizer Stromversorgung bleiben. SVP-Präsident Marco Chiesa fordert Bundesrätin Simonetta Sommaruga auf, das Scheitern der Energiestrategie einzugestehen und die Energieversorgung sicherzustellen. Bekennt sie sich nicht verbindlich dazu, ist ihr das Dossier zu entziehen.

Die Lage ist dramatisch: Der Schweiz droht der Strom auszugehen – mit immensen Folgen für Bevölkerung und Wirtschaft. Um eine sichere, klimafreundliche und günstige Energieversorgung auch in Zukunft zu gewährleisten, braucht es einen Kurswechsel in der Energiestrategie. «Die Energiestrategie ist ein Blindflug mit katastrophalen Folgen, auch hinsichtlich der Kosten», betont Nationalrat Christian Imark. Ausserdem müsse der Faktor Zuwanderung in die Energie- und Umweltpolitik einfließen, fordert Imark. Denn: «Die eindruckliche Treibhausgasreduktion der Schweizerinnen und Schweizer wird durch die Masseneinwanderung vor allem aus dem EU-Raum wieder zunichte gemacht.»

«Die Linken und Grünen bauen verantwortungslos die Gesellschaft um, ohne die Versorgung sicherzustellen», kritisiert Nationalrat Mike Egger. Um die absehbare Lücke von 40 TWh Strom bis 2050 zu füllen, dürfe der bewährte Strommix der Schweiz mit den tragenden Säulen Wasser- und Kernkraft nicht fahrlässig zerstört werden.

Die SVP fordert darum in aller Deutlichkeit, dass die gefährlichen ideologischen Experimente sofort beendet werden und die Schweizer Energiepolitik auf eine

vernünftige Basis gestellt wird. Dem Ziel der Versorgungssicherheit müssen alle anderen Aspekte untergeordnet werden.

Die anderen Parteien tragen die Verantwortung für die Spaltung der Gesellschaft

Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. November 2021

Die SVP nimmt das Ja des Stimmvolks zum verschärften Covid-19-Gesetz mit Bedauern zur Kenntnis. Das Ja zum Covid-19-Gesetz darf kein Freipass sein für weitere Verschärfungen der Corona-Massnahmen. Die Erosion des Rechtsstaats muss gestoppt werden. Der Bundesrat und die anderen Parteien tragen mit ihrer unverhältnismässigen, willkürlichen und diskriminierenden Coronapolitik die Verantwortung für die Spaltung der Gesellschaft. Die SVP hat in diesem Sinne von Anfang an eine konsistente und effiziente Strategie verfolgt: Die Risikogruppen müssen geschützt werden, ohne dass die Freiheit von Gesellschaft und Wirtschaft beschnitten wird.

Die SVP bedauert das Ja zur Pflegeinitiative. Diese ist ein Katalog teils lobenswerter Absichten, deren Umsetzung jedoch ebenso unklar wie unabsehbar ist. Der Gegenvorschlag wäre konkreter und unmittelbar anwendbar gewesen. Statt dass wir das Problem an der Wurzel packen, verstreicht nun wertvolle Zeit, bis sich überhaupt etwas bewegt.

Dank dem Volks-Nein zur Richter-Initiative bleibt die demokratische Kontrolle des Bundesgerichts gewahrt. Die populistischen Argumente der Initianten haben nicht verfangen. Die SVP ist erfreut darüber, dass die gefährliche Entwicklung zu einem elitären Richterstaat gestoppt werden konnte.

Erfolg im Kanton Freiburg

Die SVP nimmt die Wahl von Philippe Demierre in die Freiburger Kantonsregierung erfreut zur Kenntnis. «Wir begrüßen die Wahl von Philippe Demierre in den Staatsrat und wünschen ihm viel Erfolg bei seiner Arbeit», sagt Parteipräsident Marco Chiesa.

Corona-Schulden: Hände weg von der Schuldenbremse!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 2. Dezember 2021

Die SVP lehnt es in ihrer Vernehmlassungsantwort zum Abbau der coronabedingten Verschuldung entschieden ab, die Schuldenbremse auszuhebeln. Aus Sicht der SVP müssen diese Schulden von der gleichen Generation abgebaut werden, die sie angehäuft hat. Die Schuldenbremse ist ein einzigartiges Erfolgsmodell, das Ende der 1990er Jahre dank der SVP zustande gekommen ist. Auf den Tag genau heute vor 20 Jahren hat das Volk die Vorlage mit einem rekordhohen Ja-Anteil von 84,7 Prozent an der Urne angenommen. Vor allem dank der Schuldenbremse steht unser Land finanziell gut da – zwischen 2005 und 2019 konnten die Bruttoschulden des Bundes von über 130 Milliarden auf knapp 97 Milliarden Franken gesenkt werden. Und: Dank der Schuldenbremse kann sich die Schweiz Corona überhaupt leisten! Dass die Linken dieses Erfolgsmodell immer wieder aushebeln und ihre Schuldenpolitik auf Kosten der Steuerzahler und der künftigen Generationen betreiben wollen, ist schlicht völlig verantwortungslos.



Kein Vaterschaftsurlaub für lesbische Paare

Auszug aus der Medienmitteilung vom 7. Dezember 2021

Mit dem Ja zur Ehe für alle wurde die Büchse der Pandora geöffnet: Die Annahme der Vorlage dient den Befürwortern als Rechtfertigung für immer weitergehende Forderungen – mögen diese noch so absurd sein, wie etwa die Ausdehnung des Vaterschaftsurlaubes auf lesbische Paare. Die Fraktion der SVP lehnt die Salami taktik von Linksgrün und damit die Motion 21.4331 «Zweiwöchiger „Vaterschaftsurlaub“ für alle Paare» entschieden ab.

Die SVP-Fraktion unterstützt einstimmig die Parlamentarische Initiative 19.498 «Öffentliche und transparente Abstimmungen im Ständerat» von Ständerat Thomas

Minder. Der Ständerat stimmt seit der Frühjahrssession 2014 – 20 Jahre nach dem Nationalrat – elektronisch ab. Im Gegensatz zum Nationalrat werden im Ständerat jedoch nicht alle Abstimmungsergebnisse in Form einer Namensliste veröffentlicht. Gerade aus Sicht der Wählerinnen und Wählern ist diese selektive Transparenz nicht nachvollziehbar. Sie wollen oftmals zu bestimmten Fragen – und dies zu Recht – wissen, wie «ihre» Ständerate abgestimmt haben.

Bei der Umsetzung des 2015 vom Volk klar angenommenen Veloweg-Gesetzes, hat die Fraktion der SVP Eintreten beschlossen. Die SVP respektiert den Volksentscheid, kann jedoch das vorliegende Gesetz nicht unterstützen. Besonders störend ist ein «Schmarotzerartikel», nachdem künftig ideologisch geprägte Organisationen wie «pro Velo» die Kantone beraten müssen. Ganz offensichtlich geht es vor allem darum, eine neue Finanzierungsquelle für ideologisch geprägte Organisationen zu schaffen.

Der Bundesrat vermiest den Schweizern das Weihnachtsfest mit der unverhältnismässigen 2G-Regel

Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. Dezember 2021

Mit seinem jüngsten Entscheid setzt der Bundesrat seine unverhältnismässige, willkürliche und konzeptlose Corona-Politik leider auch über die Festtage fort. Die SVP verurteilt die flächendeckende Einführung von 2G, die 10er-Regel bei privaten Treffen und die erneute Homeoffice-Pflicht. Diese Verschärfungen sind reine Symbolpolitik, richten aber zugleich einen immensen gesellschaftlichen Schaden an. Die Verantwortung für diese willkürliche und spalterische Politik tragen SP, Grüne, FDP, GLP und die Mitte. Sie haben im Nationalrat – gegen den Willen der SVP – einen Passus im Covid-Gesetz abgelehnt, der dem Bundesrat die Einführung von 2G untersagt hätte.

Machen wir uns nichts vor: 2G ist die Vorstufe zum Impfzwang für alle. Nach dem Ja zum Covid-Gesetz am 28. November scheint der Bundesrat jedes Mass zu verlieren. Wohin die Reise geht, zeigt das rücksichtslose und asoziale Verschärfungs-Powerplay der Linken. Sie fordern schon lauthals eine Impfpflicht, und SP-Co-Präsident Cédric Wermuth will sogar, dass die Krankenkassen die Daten von Ungeimpften liefern. Willkommen im Überwachungs- und Denunzianten-Staat! Ins Bild passt, dass sich die Linken und Grünen weigern, dass ausreisepflichtige Asylbewerber zum Test verpflichtet werden, während sie gleichzeitig die Schweizer Bevölkerung zum Impfen zwingen wollen.

Eine erhebliche Mitschuld daran, dass der Bundesrat an der Realität vorbei regiert und systematisch die rechtsstaatlichen Maximen von Verhältnismässigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit missachtet, tragen die Mainstream-Medien. Im eingespielten Doppelpass mit der Regierungsmacht treiben sie den Bundesrat zu immer noch schärferen Massnahmen an, berichten völlig unkritisch und möchten am liebsten schon Kleinkinder durchimpfen lassen.

Das neue CO2-Gesetz setzt falsche Prioritäten

Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. Dezember 2021

Vor sechs Monaten haben die Schweizerinnen und Schweizer an der Urne das nutzlose und teure CO₂-Gesetz abgelehnt. Damit ist klar: die Menschen in der Schweiz wollen keine zusätzlichen Verbote, Steuern und Abgaben, sondern eine vernünftige Klima- und Energiepolitik. Doch die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga gebärdet sich, als ob es diese Abstimmung nicht gegeben hätte und setzt auch im neuen CO₂-Gesetz völlig falsche Prioritäten.

Angesichts der drohenden Energieversorgungslücke ist es an der Zeit, dass die zuständige Bundesrätin Sommaruga endlich das Scheitern der Energiestrategie 2050 einräumt. In einer Petition fordert die SVP deshalb: Frau Bundesrätin machen Sie Ihren Job und stellen sich die Stromversorgung für die Menschen und die Wirtschaft in der Schweiz sicher!

Fraktionspräsident Thomas Aeschi zieht positive Legislatur-Halbzeitbilanz und sagt der links-grünen Allianz im Bundeshaus den Kampf an

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. Dezember 2021

Vor den Medien in seinem Heimatkanton Zug zieht Thomas Aeschi eine positive Bilanz nach der ersten Hälfte der 51. Legislatur 2019-2023. «Die SVP konnte an der Urne erfolgreich linksextreme und für unser Land schädliche Vorlagen bekämpfen», betont Aeschi. So lehnten 51.6% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das CO₂-Gesetz ab. Auch die extremen Agrar-Initiativen wurden dank dem Einsatz der SVP bachab geschickt. Einen weiteren grossen Erfolg beim Stimmvolk erzielte die SVP gegen den Widerstand aller anderen Parteien mit dem Ja zum Verhüllungsverbot am 7. März 2021. «Damit setzten die Schweizerinnen und Schweizer ein starkes Zeichen gegen den Islamismus – und für eine freie und sichere Schweiz», so Aeschi.

Klare Ziele verfolgt die SVP gemäss Aeschi auch für die zweite Legislaturhälfte bis zu den eidgenössischen Wahlen im Oktober 2023. «Im Vordergrund stehen die Sicherstellung der inländischen Energieproduktion, die nachhaltige Sicherung der Altersvorsorge und die Neuausrichtung des Asylwesens», sagt Aeschi. Eine erste entscheidende Weichenstellung im neuen Jahr stehe mit der Volksabstimmung über die massive Erhöhung der Subventionen an private Medien am 13. Februar 2022 an. «Die SVP setzt sich für den Erhalt der unabhängigen Medien ein, die für die freie Meinungsbildung essenziell sind», bekräftigt Aeschi vor den eingeladenen Journalistinnen und Journalisten die Ablehnung des Mediengesetzes durch die SVP-Bundeshausfraktion.

Ab Januar legt das Wahlkampf-Team der SVP los – zum Wohle unseres Landes

Auszug aus der Medienmitteilung vom 31. Dezember 2021

Bei den Eidgenössischen Wahlen 2019 konnte links-grün über 20 Sitze gewinnen. Noch einmal 10-15 Sitze und das Parlament kippt komplett nach links – mit verheerenden Folgen für unser Land. Die Linken wollen die Wirtschaft und damit Arbeitsplätze zerstören. Sie fordern die Einführung der 35-Stundenwoche, eine 24-wöchige bezahlte Elternzeit, offene Grenzen für illegale Migranten inklusive lebenslanger staatlicher Vollversorgung. Einen Vorgeschmack darauf, was eine links-grüne Parlamentsmehrheit bedeuten würde, haben wir auch während der Corona-Pandemie erlebt: Links-grün hat das Geld mit vollen Händen ausgegeben, die Staatsverschuldung ist massiv gestiegen und der Föderalismus sowie Persönlichkeitsrechte werden mit Füßen getreten.

Deshalb gilt es bei den Wahlen 2023 einen weiteren Links-Rutsch zu verhindern. Die SVP nimmt dies sehr ernst und ist bereit, diesen Kampf zu führen. «Linke und Grüne wollen die Schweiz kaputt regieren», sagt Wahlkampfleiter Marcel Dettling. «Die SVP ist die einzige Partei, die sich konsequent für den Mittelstand, für tiefe Steuern, für weniger Bürokratie, für einen starken Werkplatz Schweiz und für mehr Freiheit in Sicherheit einsetzt.»



2. VORSTÖSSE AUS DER SVP-FRAKTION

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion sind im Berichtsjahr 409 Fragen für die Fragestunde, 174 Interpellationen, 116 Motionen, 26 Parlamentarische Initiativen, 27 Anfragen und 15 Postulate eingereicht worden.

Die SVP-Fraktion hat im Berichtsjahr 16 Motionen, 5 Interpellationen, 5 Parlamentarische Initiativen und 1 Anfrage eingereicht.

Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter www.parlament.ch (Curia Vista, [Geschäftsdatenbank](#)) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

2.1 Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2021 hat die SVP folgende **Positionspapiere und Argumentarien** veröffentlicht:

- 10-Punkte Plan gegen den grünen Grössenwahn nach der verheerenden «Klimawahl»
- Positionspapier: Für eine Neuausrichtung der Schweizer Internationalen Zusammenarbeit (IZA)
- Wirtschaftspolitisches Grundsatzpapier
- Positionspapier zum Islam und Islamismus in der Schweiz
- Grundlagenpapier: Stadt/Land-Konflikt im Kanton Zürich
- Positionspapier: Für eine vernünftige Energiepolitik mit klimafreundlicher Kern- und Wasserkraft sowie marktfähigen Erneuerbaren

Die Positionspapiere sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Positionen>[Positionspapiere](#)) abrufbar.

2.2 Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2021 hat die SVP an **67 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Änderung der Covid-19-Verordnung besondere Lage: Weitere Verschärfung und Verlängerung der Massnahmen
- Modification de l'ordonnance de l'OSAV sur la protection des animaux lors de leur abattage
- Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs für die Jahre 2022–2025
- Modification de la loi sur le génie génétique (prolongation du moratoire sur la mise en circulation d'organismes génétiquement modifiés)
- Änderung des Militärgesetzes und der Armeeorganisation
- Verordnung über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose
- Änderung des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (Prämienverbilligung) als indirekter Gegenvorschlag zur eidgenössischen Volksinitiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»

- Révision de la loi fédérale sur les brevets d'invention (Loi sur les bre-vets, LBI)
- Revision Grundbuchverordnung. AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens
- Aufhebung der Verordnung über die Bundeskriegstransportversicherung
- Verwendung von Preisbindungsklauseln gegenüber Beherbergungsbetrieben – Umsetzung der Motion Bischof (16.3902) vom 30.09.2016
- 17.448 n Pa.Iv. Feller. Sport- und Kulturvereine. Anheben der Umsatzgrenze für die Befreiung von der Mehrwertsteuerpflicht
- Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030
- Bundesgesetz über die Plattform für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ)
- Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2020/493 über das System über gefälschte und echte Dokumente online (FADO) und Änderung des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)
- Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (Weiterentwicklung der IV)
- Verordnung über die Einfuhr von nachhaltig produziertem Palmöl aus Indonesien zum Präferenz-Zollansatz
- Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»
- Modifications d'ordonnances en vue de la mise en œuvre des règlements SIS (UE) 2018/1860, 2018/1861 et 2018/1862 (développements de l'acquis de Schengen) et d'une modification de la LDEA
- Loi fédérale sur l'utilisation des moyens électroniques pour l'exécution des tâches des autorités (LMETA)
- Änderung der Jagdverordnung (JSV)
- Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern
- Révision totale de la loi fédérale concernant l'allocation de subventions à l'Ecole cantonale de langue française de Berne
- Bundesgesetz über Pilotprojekte zu Mobility-Pricing
- Entwurf 3: Bundesgesetz über eine Revision des Sexualstrafrechts (Vorentwurf)
- Änderung der Covid-19-Verordnung besondere Lage
- Covid-19: Öffnungsschritt IV
- Änderung der Handelsregisterverordnung
- Dispositions d'exécution relatives à l'utilisation du système d'entrée et de sortie (développements de l'acquis de Schengen)
- Bundesgesetz über die Tonnagesteuer auf Seeschiffen
- Vernehmlassungsantwort der SVP zum Verordnungspaket Umwelt Frühling 2022

- Totalrevision der Verordnung über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Verordnung)
- Vernehmlassung zur Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG)
- Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von Ethanol
- Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG): Covid-19-Test bei der Ausschaffung
- Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über den Wasserbau
- Verordnung über In-vitro-Diagnostika und Änderung der Verordnung über klinische Versuche mit Medizinprodukten
- Révision partielle de la loi sur l'Etat hôte
- Änderung der Verkehrszulassungs- und der Strassenverkehrskontrollverordnung
- Modification des ordonnances 1 et 2 relatives à la loi sur le travail
- Verordnungsänderungen im Bereich BFE
- Verordnung über das Meldeverfahren im Konzern bei der Verrechnungsteuer
- Regulierungsbremse (Änderung von Art. 159 Abs. 3 der Bundesverfassung und Änderung des Parlamentsgesetzes)
- Bundesgesetz über die Entlastung der Unternehmen von Regulierungskosten (Unternehmensentlastungsgesetz)
- Sicherheitspolitischer Bericht
- Verordnungspaket Parlamentarische Initiative 19.475 «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren»
- Modification de l'ordonnance sur les droits politiques et de l'ordonnance de la ChF sur le vote électronique (restructuration de la phase d'essai)
- Vernehmlassungsantwort: Vorläuferstoffverordnung
- Teilrevision des Transplantationsgesetzes
- Zweites Massnahmenpaket zur Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise
- Teilrevision Raumplanungsgesetz (2. Etappe mit Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative)
- Änderung der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz (ArGV 2)
- Änderung des Bundesgesetzes über Geoinformation
- Bundesgesetz über die Erhöhung der steuerlichen Abzüge von Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und der Unfallversicherung
- Verordnung über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (VPMT)
- Totalrevision der Verordnung über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, der Berufsbildung, der Jugend und der Mobilitätsförderung (VIZBM)
- Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes (Abbau der coronabedingten Verschuldung)
- Revision des Zivilgesetzbuchs (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten)
- Révision totale de l'ordonnance relative à la loi fédérale sur la protection des données

- Nouveau système de financement de l'asile ; attestations des compétences linguistiques axées sur le contexte suisse dans le cadre des procédures relevant du droit des étrangers et du droit de la nationalité
- Approbation et mise en œuvre des échanges de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise des règlements (UE) 2021/1150 et (UE) 2021/1152 en ce qui concerne l'établissement des conditions d'accès aux autres systèmes d'information de l'UE aux fins du système européen d'information et d'autorisation concernant les voyages (ETIAS) (développement de l'acquis de Schengen)
- Übertragung von öffentlichen Aufgaben des Fachbereichs Energie der wirtschaftlichen Landesversorgung
- Änderung des Schwerverkehrsabgabegesetzes und der Schwerverkehrsabgabeverordnung
- Ausführungsrecht (Änderung BetmKV sowie BetmVV-EDI) betreffend Änderung des Betäubungsmittelgesetzes (Cannabisarzneimittel)
- Vier parlamentarische Initiativen zum Mietrecht
- Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung
- Änderung des Umweltschutzgesetzes

Die einzelnen Vernehmlassungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Positionen>[Vernehmlassungen](#)) abrufbar.

2.3 Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen, Extrablätter

2021 hat die SVP Schweiz insgesamt 98 **Pressecommuniqués** veröffentlicht. Es sind 15 Editorials zu einem aktuellen Thema publiziert worden. Die Parteizeitschrift „**Klartext**“ und die französische Version „**Franc-parler**“ sind je 6-mal erschienen. Die Auflage betrug Ende 2021 **53'000 Exemplare in Deutsch** und **5'500 in Französisch**.

Im Jahr 2021 hat die SVP **7 Medienkonferenzen** durchgeführt:

23. März 2021	Legislatur-Zwischenbilanz 2019-2023
26. April 2021	Mobilität nur noch für Reiche? Das linke CO2-Gesetz bringt noch mehr Steuern und Verbote
3. August 2021	Die SVP lässt nicht zu, dass die links-grünen Luxus-Sozialisten den Werkplatz Schweiz zerstören
9. September 2021	Die SVP bekämpft die schädliche Schmarotzer-Politik der links-grünen Städte
15. Oktober 2021	Medienkonferenz zum Covid-Gesetz
22. November 2021	Bundesrätin Sommaruga muss die Energieversorgung sicherstellen – sonst ist ihr das Dossier zu entziehen
22. Dezember 2021	Fraktionspräsident Thomas Aeschi zieht positive Legislatur-Halbzeitbilanz und sagt der links-grünen Allianz im Bundeshaus den Kampf an

Details zu den einzelnen Medienkonferenzen und Medienmitteilungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Publikationen>[Aktuelles](#)) abrufbar.

2.4 Internet

Bis zum 31.12.2021 wurden 752'190 Besuche (1'531'836 Seitenaufrufe) auf <https://www.svp.ch>, 939'002 Besuche (1'081'511 Seitenaufrufe) auf <https://www.udc.ch> und 15'800 Besuche (30'696 Seitenaufrufe) auf <https://it.udc.ch> registriert. Das sind durchschnittlich pro Tag 2060 Besuche auf www.svp.ch, 1'459 auf www.udc.ch und 6 auf it.udc.ch.

2021 produzierte die SVP 54 Youtube-Beiträge in deutscher Sprache und 49 in französischer Sprache. Die Youtube-Beiträge verzeichnen insgesamt 265'996 Aufrufe deutsch und 24'612 Aufrufe Französisch. Der YouTube-Kanal hat 4840 Abonnenten deutsch und 485 Abonnenten Französisch.

Die SVP betreibt die Facebook-Seiten «SVP Schweiz», «UDC Suisse» und weitere spezifische Kampagnen-Seiten. Über diese Kanäle kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und mobilisiert Mitglieder und Sympathisanten. Am 31.12.2021 zählte die Seite «SVP Schweiz» 32'892 Unterstützer. Die französischsprachige Facebook-Seite «UDC Suisse» zählte 12'612. An diversen Spitzentagen hat die SVP mit diesen Seiten zwischen 100'000 und 400'000 Personen erreicht und über den gesamten Zeitraum 3 Mio Video-Aufrufe generiert.

Die SVP betreibt die Instagram-Seiten «SVPch» und «UDCch». Über diese Kanäle kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und mobilisiert Mitglieder und Sympathisanten. Am 31.12.2021 zählte die Seite «SVPch» 16'003 Unterstützer. Die französischsprachige Instagram-Seite «UDCch» zählte 1'396. An diversen Spitzentagen hat die SVP mit diesen Seiten zwischen 90'000 und 130'000 Personen erreicht.

Die SVP betreibt den TikTok-Kanal «SVPch» seit dem 20.09.2021. Über diesen Kanal kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und verbreitet die politischen Inhalte. Am 31.12.2021 zählte der Kanal «SVPch» 6'835 Follower. 2021 produzierte die SVP 17 TikTok-Beiträge in deutscher Sprache diese wurden 1'403'300 aufgerufen.

3. PARTEIORGANE

3.1 Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus rund 840 Delegierten und ist das oberste Organ der Partei. Im Jahr 2021 haben 4 Delegiertenversammlungen stattgefunden:

Online-Delegiertenversammlung, Samstag, 30. Januar 2021, (digital)

«Abstimmung vom 7. März: Delegierte der SVP Schweiz sagen drei Mal JA»

Online-Delegiertenversammlung, Samstag, 27. März 2021, (digital)

«Delegierte der SVP Schweiz beschliessen Stimmfreigabe zum Covid-19-Gesetz»

Delegiertenversammlung, Samstag, 21. August 2021, Granges-Paccot (FR)

«Grosse Sympathien für Covid-Referendum»

Delegiertenversammlung, Samstag 23. Oktober 2021, Montricher (VD)

«Energieversorgung: Frau Bundesrätin Sommaruga machen Sie Ihren Job!»

Weitere Details zu den einzelnen Delegiertenversammlungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Publikationen>[Delegiertenversammlungen](#)) abrufbar.

3.2 Parteileitungsausschuss

Die Parteileitungsausschuss (PLA) setzt sich aus 9 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2021)

Funktion	Name
Präsident der SVP Schweiz	Ständerat Marco Chiesa (TI)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)
Vizepräsident	Nationalrat Franz Grüter (LU)
Mitglied	Nationalrat Manuel Strupler (TG)
Mitglied	Nationalrat Marcel Dettling (SZ)
Mitglied	Nationalrätin Sandra Sollberger (BL)
Mitglied	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Fraktionspräsident (v. A. w.)	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)

3.3 Parteileitung

Die Parteileitung (PL) setzt sich aus 29 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Die PL führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet die PL auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten.

(Stand 31.12.2021)

Von Amtes wegen: Mitglieder der Parteileitung	
Mitglieder des PLA	Wie oben beschrieben
Die Vertreter der SVP im Bundesrat	Bundesrat Ueli Maurer (ZH) Bundesrat Guy Parmelin (VD)
Der Generalsekretär	Peter Keller (NW)
Die Vertreter der 6 absolut stärksten Kantonalparteien	Benjamin Fischer (ZH)
	Manfred Bühler (BE)
	Nationalrat Andreas Glarner (AG)
	Walter Gartmann (SG)
	Angela Lüthold-Sidler (LU)
	Kevin Grangier (VD)
Präsident der JSVP Schweiz	David Trachsel (BS)
Präsidentin der SVP International	Inge Schütz (BE)

Wahl durch den Parteivorstand:

Je ein Vertreter der französischsprachigen, italienischsprachigen sowie der romanischsprachigen Schweiz	Didier Spies (JU) Nationalrat Piero Marchesi (TI) Reto Rauch (GR)
Der Verantwortliche Sicherheitspolitik	Nationalrat David Zuberbühler (AR)
Der Verantwortliche Europapolitik	Nationalrat Roger Köppel (ZH)

Der Verantwortliche Migrations- und Nationalrat Andreas Glarner (AG)
Asylpolitik

Die Verantwortliche Wirtschaftspolitik Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)

Der Verantwortliche Finanz- und Nationalrat Lars Guggisberg (BE)
Steuerpolitik

Die Verantwortliche Familien- und Nationalrätin Monika Rüegger (OW)
Gesellschaftspolitik

3.4 Parteivorstand

Der Parteivorstand (PV) setzt sich aus 118 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2021)

Von Amtes wegen: Mitglieder des Parteivorstandes

Die Mitglieder der Parteileitung (Wie oben beschrieben)

Präsidenten der Kantonalparteien:

AG	Nationalrat Andreas Glarner
AI	Martin Ebnetter
AR	Anick Volger
BE	Manfred Bühler
BL	Dominik Straumann
BS	Eduard Rutschmann
FR	Christophe Blaumann
GE	Nationalrätin Céline Amaudruz
GL	Thomas Tschudi
GR	Roman Hug
JU	Thomas Stettler
LU	Angela Lüthold-Sidler
NE	Lionel Martin
NW	Roland Blättler
OW	Nationalrätin Monika Rüegger
SG	Walter Gartmann
SH	Andrea Müller
SO	Nationalrat Christian Imark
SZ	Roman Bürgi
TG	Ruedi Zbinden
TI	Nationalrat Piero Marchesi
UR	Fabio Affentranger
VD	Kevin Grangier
VS (UVS)	Donald Moos

VS (OVS)	Romano Amacker
ZG	Thomas Werner
ZH	Benjamin Fischer
JSVP	David Trachsel
SVP International	Inge Schütz

Weitere, von den Kantonalparteien delegierte Mitglieder:

AG	Thomas Burgherr Pascal Furer Rolf Jäggi Michelle Rütli
AI	Alfred Langenegger
AR	Michael Vierbauch
BE	Jolanda Brunner Andrea Gschwend-Pieren Miriam Gurtner Samuel Krähenbühl Helena Morgenthaler Aliko M. Panayides
BL	Nationalrat Thomas de Courten Peter Riebli
BS	Pascal Messerli
FR	Christina Darcey Liliane Marchon
GE	Michael Andersen Claude Reymond
GL	Barbara Rhyner
GR	Mario Cortesi Jan Koch
JU	Kilian Kaufmann
LU	Stefan Dahinden Oliver Imfeld Willi Knecht
NE	
NW	Peter Wyss
OW	Severin Wallimann
SG	Nationalrat Roland Rino Büchel Werner Heule Paul Scheiwiller
SH	Mariano Fioretti Daniel Preisig
SO	Hans Rudolf Lutz Christine Rütli
SZ	Nationalrat Pirmin Schwander Samuel Lütolf
TG	Judith Ricklin Beat Stump

TI	Lara Filippini Roberta Soldati
UR	Paul Dubacher
VD	Valentin Christe Werner Riesen
VS (UVS)	Nationalrat Jean-Luc Addor Jérôme Desmeules
VS (OVS)	Sandro Fux Fredy Ursprung
ZG	Philip C. Brunner Karl Nussbaumer
ZH	Nationalrat Martin Haab Nationalrat Mauro Tuena Werner Gartenmann Roger Liebi Elisabeth Pflugshaupt Romaine Rogenmoser
JSVP	Diego Baratti (TI) Andreas Gerber (BE)
SVP International	John McGough

Vertreter **durch Wahl** gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2:
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

Frei gewählte Mitglieder:	
AG	Nationalrätin Martina Bircher Regierungsrat Jean-Pierre Gallati
BE	Nationalrat Albert Rösti alt Nationalrat Thomas Fuchs
NW	Nationalrat Peter Keller Regierungsrätin Michèle Blöchliger
SG	Nationalrätin Esther Friedli
TG	Nationalrätin Verena Herzog-Schläpfer
TI	Eros Mellini
VD	Gérald Nicod
ZH	Nationalrat Gregor Rutz alt Nationalrat Hans Egloff alt Nationalrat Christoph Mörgeli alt Nationalrat Ulrich Schlüer alt Bundesrat Christoph Blocher

3.5 Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Bei Abschluss des Berichtsjahres arbeiten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat:

(Stand: 31.12.2021)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Peter Keller, Hergiswil (NW)
Fraktionssekretär	Raphael Vogel, Spiegel bei Bern (BE)
Leiterin Kommunikation	Andrea Sommer, Solothurn (SO)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter / Fraktionssekretär stv.	Benjamin Schmid, Bern (BE)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Henri Bernhard, Münsingen (BE)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Yohan Ziehli, Lausanne (VD)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Jean-Claude Goldschmid, Liebistorf (FR)
Projektleiterin Kantonalparteien	Trudi Mösching, Uetendorf (BE)
Fraktionsassistentin	Christa Bolliger, Bolligen (BE)
Assistent Parteipräsident	Alain Bühler, Lugano (TI)
Sachbearbeiter	Adrian Spahr, Lengnau (BE)
Sachbearbeiterin	Prisca Weber, Uetendorf (BE)
Verantwortlicher Anlässe	Emanuel Waeber, Heitenried (FR)

3.6 Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbstständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Bundesrat:

- **Ueli Maurer**, Vorsteher EFD, Hinwil (ZH); gewählt am 10.12.2008; im Amt seit 1.1.2009
- **Guy Parmelin**, Vorsteher WBF, Bursins (VD); gewählt am 9.12.2015, im Amt seit 1.1.2016

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei:

Mit 55 Nationalräten (53 SVP, 1 Lega, 1 EDU) und 7 Ständeräten (6 SVP, 1 parteilos) stellt die SVP die grösste Fraktion im eidgenössischen Parlament.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2021)

AG	Bircher Martina, Aarburg Burgherr Thomas, Wiliberg Giezendanner Benjamin, Rothrist Glarner Andreas, Oberwil-Lieli Heimgartner Stefanie, Baden Huber Alois, Wildegg
----	---

AR	Zuberbühler David, Herisau
BE	Aebi Andreas, Alchenstorf Geissbühler Andrea, Bärswil Guggisberg Lars, Kirchlindach Hess Erich, Bern Rösti Albert, Uetendorf Umbricht Pieren Nadja, Kaltacker von Siebenthal Erich, Gstaad
BL	De Courten Thomas, Rünenberg Sollberger Sandra, Bubendorf
FR	Page Pierre-André, Châtonnaye
GE	Amaudruz Céline, Genf Nidegger Yves, Genf
GR	Martullo-Blocher Magdalena, Meilen / Lenzerheide
LU	Estermann Yvette, Kriens Grüter Franz, Eich
NW	Keller Peter, Hergiswil
OW	Rüegger Monika, Engelberg
SG	Büchel Roland, Oberriet Egger Mike, Berneck Friedli Esther, Ebnat-Kappel Reimann Lukas, Wil
SH	Hurter Thomas, Schaffhausen
SO	Imark Christian, Fehren Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Dettling Marcel, Oberiberg Schwander Pirmin, Lachen
TG	Gutjahr Diana, Amriswil Herzog Verena, Frauenfeld Strupler Manuel, Weinfeld
TI	Marchesi Piero, Molinazzo di Monteggio
VD	Buffat Michaël, Vuarrens Grin Jean-Pierre, Pomy Nicolet Jaques, Lignerolle
VS	Addor Jean-Luc, Savièse Graber Michael, Brig-Glis
ZG	Aeschi Thomas, Baar
ZH	Haab Martin, Mettmenstetten Heer Alfred, Zürich Köppel Roger, Küsnacht Matter Thomas, Zürich Rutz Gregor, Zürich Schläpfer Therese, Hagenbuch Steinemann Barbara, Watt Tuena Mauro, Zürich Hans-Ueli Vogt, Zürich Walliser Bruno, Volketswil

Lega dei Ticinesi:

TI	Quadri Lorenzo, Lugano
----	------------------------

EDU:

BE	Gafner Andreas, Oberwil im Simmental
----	--------------------------------------

Ständeräte (Stand: 31.12.2021)

AG	Knecht Hansjörg, Leibstadt
BE	Salzmann Werner, Mülchi
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Kuprecht Alex, Pfäffikon
TG	Stark Jakob, Buhwil
TI	Chiesa Marco, Lugano (Ruvigliana)

Parteilos:

SH	Minder Thomas, Neuhausen am Rheinfall
----	---------------------------------------

4. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN 2021

Volksabstimmung vom 7. März	Parole SVP	Parole FDP	Parole Die Mitte	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»	Ja	Nein	Nein	Nein	51.2	48.8	18	5	Angenommen
Bundesgesetz vom 27.09.2019 über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)	Ja	Ja	Ja	Nein	35.6	64.4	---	---	Abgelehnt
Bundesbeschluss vom 20.12.2019 über die Genehmigung des Umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien	Ja	Ja	Ja	Nein	51.6	48.4	---	---	Angenommen

Volksabstimmung vom 13. Juni	Parole SVP	Parole FDP	Parole Die Mitte	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative vom 18.01.2018 «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»	Nein	Nein	Nein	Ja	39.3	60.7	0.5	22.5	Abgelehnt
Volksinitiative vom 25.05.2018 «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»	Nein	Nein	Nein	Ja	39.4	60.6	0.5	22.5	Abgelehnt
Bundesgesetz vom 25.09.2020 über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)	Frei	Ja	Ja	Ja	60.2	39.8	---	---	Angenommen
Bundesgesetz vom 25.09.2020 über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO2-Gesetz)	Nein	Ja	Ja	Ja	48.4	51.6	---	---	Abgelehnt
Bundesgesetz vom 25.09.2020 über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung	Ja	Ja	Ja	Nein	56.6	43.4	---	---	Angenommen

von Terrorismus (PMT)									
-----------------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Volksabstimmung vom 26. September	Parole SVP	Parole FDP	Parole Die Mitte	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative vom 02.04.2019 «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»	Nein	Nein	Nein	Ja	35.1	64.9	0	23	Abgelehnt
Änderung vom 18.12.2020 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle)	Nein	Ja	Ja	Ja	64.1	35.9	---	---	Angenommen

Volksabstimmung vom 28. November	Parole SVP	Parole FDP	Parole Die Mitte	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative «Für eine starke Pflege» (Pflegeinitiative)	Nein	Nein	Frei	Ja	60.98	39.02	22.5	0.5	Angenommen
Volksinitiative «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren» (Justiz-Initiative)	Nein	Nein	Nein	Nein	31.93	68.07	0	23	Abgelehnt
Änderung des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) (Härtefälle, Arbeitslosenversicherung, familienergänzende Kinderbetreuung, Kulturschaffende, Veranstaltungen)	Nein	Ja	Ja	Ja	62.01	37.99	21.5	1.5	Angenommen

5. DIE SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

Stand am Wahltag. Wahlen berücksichtigt bis 07.03.2021

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantonsparlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2020	30.31%	43	140
AI	Jährlich / 2020	*	*	50
AR	2019	12.2%	7	65
BE	2018	26.8%	46	160
BL	2019	22.7%	21	90
BS	2020	10.8%	11	100
FR	2021	17.99%	19	110
GE	2018	7.3%	8	100
GL	2018	25.3%	15	60
GR	2018	*	9	120
JU	2020	11.0%	7	60
LU	2019	19.6%	22	120
NE	2021	8.13%	8	115
NW	2018	25.9%	15	60
OW	2018	24.5%	15	55
SH	2020	33.4%	20	60
SO	2021	20.4%	21	100
SG	2020	26.9%	35	120
SZ	2020	33.2%	33	100
TG	2020	32.3%	45	130
TI	2019	6.1%	6	90
UR	2020	24.6%	14	64
VD	2017	15.8%	25	150
VS	2021	16.9%	22	130
ZG	2018	22.4%	18	80
ZH	2019	24.5%	45	180

*keine Angaben, da Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

6. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

Kanton	Website	E-Mail Adresse
SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svp-ag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	info@svp-ai.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-bl.ch	info@svp-bl.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.udc-fr.ch	info@udc-fr.ch
GE	www.udc-ge.ch	secretariat@udc-ge.ch
GL	www.svp-gl.ch	praesident@svp-gl.ch
GR	www.svp-gr.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-ju.ch	secretaire@udc-ju.ch
LU	www.svp-lu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-sg.ch	sekretariat@svp-sg.ch
SO	www.svp-so.ch	info@svp-so.ch
SZ	www.svp-sz.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ti.ch	info@udc-ti.ch
UR	www.svpuri.ch	sekretariat@svpuri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	internet@udc-valais.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch